



Friedenssteuer

NACHRICHTEN

Juli 2016, Nr. 53

„Die Menschheit hat den Verstand verloren“

Dieser Satz von Astrid Lindgren ist der Titel, unter dem ihre Kriegstagebücher herausgegeben wurden. Lindgren schreibt immer wieder über das Wunder, dass Schweden nicht von Hitler angegriffen wurde und sie die ganzen Jahre 'in Frieden' leben konnte, sogar unter guten Bedingungen – nie war sie hungrig, im Gegenteil. Schweden nahm hunderttausende Flüchtlinge aus Norwegen, Finnland, Dänemark, sogar Polen auf und trotzdem hatten alle zu essen. Immer schilderte sie z.B. ihre Weihnachtsschlemmereien, um dann das Unrecht des Hungerns in den besetzten Ländern hervorzuheben – auch mit den hungernden Deutschen hatte sie Mitleid.

Seitdem schien es, als ob die Menschheit den Verstand langsam wiedergefunden hätte, aber der Schein hat betrogen. Der Krieg ist nur woanders: in Ländern außerhalb von EU und USA. Innerhalb schlem-

men wir (Hartz-IV-Leute natürlich nicht--); außerhalb wird viel gehungert und gestorben. Da, wo jetzt der (Bürger-)Krieg ist, in Afghanistan, Pakistan, Syrien, Irak, Eritrea, Jemen, Kongo, Ukraine, Nigeria usw. Da, wo Flüchtlinge unterwegs sind. Und wir zahlen gezwungenermaßen durch die Steuern mit: für Bundeswehr, Schnöggersburg, NATO, Rüstungsindustrie, -forschung, -geschenke (an Israel) und vieles mehr. Die Bundeswehr ist in 16 Ländern aktiv; der 17. Auslandseinsatz wird gerade vorbereitet (Libyen). Der 18. bringt Soldaten ins Baltikum, an die russische Grenze.

Und die Regierung soll, nach NATO-Wünschen, die Ausgaben für's Militär auf 2% des BIP steigern, d.h.: von jetzt 35 Mia auf dann 60 Mia Euro. Und nach dem Brexit soll die EU sich laut Herrn Schäuble insbesondere beim Militär enger verbünden. STARK muss sie sein! Peng! Ja, die Menschheit hat den Verstand schon längst wieder verloren. **Was machen?**

Unser Netzwerk verliert nach und nach die Gründergeneration. Es hat in den letzten 10 Jahren keinen jüngeren aktiven Nachwuchs bekommen. Dies ist das Übel in mehreren Friedensgruppen. Wir haben schon Erfolg, aber nur klein-klein. Graswurzelart. Das ist nicht sexy.

Nun haben wir uns – fast gegen besseres Wissen – dazu entschieden, doch wieder



eine Kampagne anzufangen. Die kann nur dann gelingen, wenn wir Hilfe von außen bekommen: von anderen Friedensgruppen, von Umwelt- und globalisierungskritischen Gruppen - und von

unseren LeserInnen, bitte! Lesen Sie die Seiten 11-14, da finden Sie alles, was die Kampagne betrifft und was wir vorbereitet haben, damit ein aktiver Einstieg Ihrerseits leichter – und, warum nicht: lustvoller! - von Hand geht. Aber lesen Sie vorher die Seiten 7-10, das beugt Kampagnenmüdigkeit vor!

Auch anderswo ist viel Bewegung, schauen Sie sich die sechs (!) Beilagen an. Alle Themen sind mit uns 'verwandt', alle wollen auf Rüstung, deren Export und auf Krieg verzichten. Büchel, Ramstein, Thüringer Konversionsfonds und Friedensdemo in Berlin brauchen keine Erläuterung. Die Broschüre 'FRIEDENSARBEITERIN' hat mit unserer Kampagne zu tun – s. Seite 11. Bleibt das Buch von Wolfgang Krauß. Das ist schon älteren Datums, was aber dem Inhalt gar nicht schadet. Wolfgang hofft durch unsere Sendung zu erreichen, dass seine Rest-Exemplare so eine interessierte Leserschaft finden. Auf Seite 6 finden Sie einen Mut machenden Artikel von seiner Hand.

Nun hoffen wir, einige von Ihnen im Rahmen unserer Kampagne zu treffen und kennenzulernen; zudem vielleicht in Berlin: bei der Konferenz IPB (s. Seite 22) oder bei der Demo am 8. Oktober!

Gertie Brammer, Karwitz-Lenzen

PS: Wenn Sie dies lesen, haben wir gerade mit 7 Personen an der Aktion 'Büchel 65' teilgenommen.

Wer wir sind und was wir wollen

Wir sind Menschen, die es nicht mit ihrem Gewissen in Übereinstimmung bringen können, Steuern zu zahlen, die für Militär, Rüstung und Krieg verwendet werden. Wir wollen nicht weniger Steuern zahlen, sondern das Recht bekommen, zwischen Militärsteuer und Zivilsteuer zu wählen. Unsere zentrale Erklärung lautet:

„Ich trete für eine gesetzliche Regelung ein, nach der niemand gegen sein Gewissen gezwungen werden darf, durch Steuern und Abgaben zur Finanzierung von Militär und Rüstung beizutragen. Stattdessen ist die Verwendung dieser Zahlungen für zivile Aufgaben sicherzustellen.“

Wir haben ein Zivilsteuergesetz formuliert. Dazu gibt es zwei fach-juristische Gutachten (von zwei Uni-Professoren). Auch ein dritter Professor - für Öffentliches Recht an der Freien Universität Freiburg - bescheinigte uns die Unbedenklichkeit bezüglich der Einführung dieses Zivilsteuergesetzes, weil juristisch zu 100% in Ordnung. Es kommt nur auf den politischen Willen an. Mit diesen Texten machen wir Lobbyarbeit bei den Bundestagsabgeordneten. Wir machen Öffentlichkeitsarbeit und führen so lange Militärsteuer-Verweigerungsprozesse, bis das Zivilsteuergesetz beschlossen und umgesetzt ist.

Schwesterorganisationen in vielen Ländern verfolgen dieses Ziel ebenfalls. Unsere internationale gemeinnützige NRO *Conscience and Peace Tax International / CPTI* mit Sitz in London hat beratenden Status beim Wirtschafts- und Sozialrat der UNO (ECOSOC). CPTI hat eine ständige Vertretung bei dem UNO-Menschenrechtsrat in New York und in Genf.

Wir werben nicht für Vereinsmitgliedschaft und Beitragszahlungen, sondern für aktive Mitwirkung auf verschiedenen Ebenen. Für unsere Arbeit sind Spenden sehr willkommen.

Die moderne Form der Kriegsdienstverweigerung ist die Militärsteuerverweigerung

Impressum

Die *Friedenssteuer Nachrichten (FN)* werden herausgegeben vom *Netzwerk Friedenssteuer e.V.*

V.i.S.d.P.: Friedrich Heilmann

Verantwortliche Redakteurin: Gertie Brammer. Adressen Seite 28.

Die *Friedenssteuer Nachrichten* erscheinen i.d.R. 2x pro Jahr (Auflage 700 Stk.) und gehen an alle, die sie bestellen oder Informationsmaterial angefordert haben.

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe am 12. November 2016

Termine: (siehe auch www.friedenssteuer.de, rechte Spalte auf der Startseite)

- 15. Juli 2016 Start unserer Kampagne 'Wir mischen uns ein – Bürgerbündnis 2017'
- 01. Sept. 2016 Antikriegstag/Weltfriedenstag
- 30. Sept.-3.Okt.2016 Internationale Friedenstagung in Berlin (IPB)
- **08. Oktober 2016 große Friedensdemo in Berlin**
- 14. Okt. 2016 Planungstreffen SzP für Kirchentag 2017, in Köln
- 14.-16. Okt. 2016 Friedenssteuer Arbeitstreffen in Köln
- 31. März - 3. April 2017 Friedenssteuer Jahrestreffen in Erfurt
- 25.-28. Mai 2017 Ev. Kirchentag Anfang in Berlin und Ende in Wittenberg

<i>Inhaltsübersicht:</i>	Seite
Impressum / Termine	2
Nicht jammern – klagen!	3
forumZFD	4
Aachener Friedenspreis	5
Michael-Sattler-Friedenspreis	6
Weltfremde Rüstungspolitik	7
Eine neue Kampagne	11
Berichte Strategiekonferenz Arbeitstagung, Jahrestagung	14
AG Rechtswege und MSV-Berichte	15
AG Steuern zu Pflugscharen	20
CPTI	21
IPB Welt-Kongreß in Berlin	22
Agenda 2030 – Global Goals	23
Malik Jalal: Drohnen & Ramstein	24
Nachruf Rosa Packart †	27
Nachruf Günther Lott †, Adressen	27
	28

Beilagen:

- Faltblatt 'FRIEDENSarbeiterIN'
- Buch von Wolfgang Krauß
- Ramstein-Appell / Unterschriftenliste
- Faltblatt Konversionsfonds
- Aufruf zur Demo in Berlin am 8.10.16
- Faltblatt Büchel



Netzwerk Friedenssteuer e.V.
Krennerweg 12, 81479 München
Tel: 089 / 725 94 16
info@friedenssteuer.de
www.friedenssteuer.de

Da Friedensarbeit auch Kosten, wie z.B. Druck und Versand dieser *Friedenssteuer Nachrichten*, verursacht, freuen wir uns über Ihr Interesse an unserer Arbeit und auch über eine Spende.

Spendenkonto:
IBAN: DE25 4306 0967 7001 6016 00
BIC: GENODEM1GLS
(GLS Gemeinschaftsbank eG)

Nicht jammern – klagen!

Begründung von Dr. Robert Antoch, einem der 10 Verfassungsbeschwerdeführenden (2009).

Ich bin zum Ende des Zweiten Weltkriegs geboren und ein Jahr nach dessen Ende aus dem Land, in dem ich damals zuhause war, vertrieben worden; das Gesetz, auf dem diese Vertreibung beruhte, folgte der Logik der damaligen „ethnischen Säuberungen“. Nach einer entbehrungsreichen Phase der Integration durfte ich studieren. Ich habe den längsten Teil meines Berufslebens als Psychotherapeut und Psychoanalytiker gearbeitet, bin verheiratet und Vater von zwei erwachsenen Kindern. In den achtziger Jahren bin ich zusammen mit meiner Frau in die Religiöse Gesellschaft der Freunde (Quäker) eingetreten.

Sowohl meinem persönlichen Schicksal als Vertriebener, meiner beruflichen Erfahrung als Schlichter in Konfliktsituationen und Gewalterfahrungen als auch entsprechend meiner religiösen



Überzeugung ist mir jede Gewaltanwendung und der Gebrauch von Waffen ein Gräueltat. Darüber hinaus betrachte ich es als einen Angriff auf den gesunden Menschenverstand, wenn Gewalt als ein geeignetes Mittel zur Herstellung sozialer und gesellschaftlicher Ordnung und Gerechtigkeit propagiert wird. Denn auch aus der Geschichte – nicht nur aus den beiden schrecklichen Weltkriegen, sondern gleichermaßen aus den derzeit um uns herum tobenden menschenverachtenden Übergriffen – ist zu lernen, dass Gewalt immer wieder nur zu Gegengewalt und damit in einen unauflösbaren viciousen Zirkel führt.

Aus solchen Erfahrungen heraus hat im Grundgesetz der BRD das Recht auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen seinen festen Platz gefunden. Wenn nun nach Artikel 4(3) wirklich „niemand ... gegen seinen Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden“ darf, wie kommt es dann, dass wir uns als Steuerzahlende an solchen Kriegsdiensten am Ende doch beteiligt sehen? – Weil wir uns damit nicht einfach abfinden wollten, haben meine Frau und ich im Jahr 1993 einen Prozess vor dem Finanzgericht in Düsseldorf (AZ: 10 K 1678/93 AO) angestrengt. Bei dieser Gelegenheit mussten wir nicht nur erleben, dass wir den Prozess verloren haben, sondern uns von unserem Richter auch noch die zynische Vermutung gefallen lassen, dass wir uns auf Kosten der Leiden anderer auf unserem guten Gewissen ausruhen wollten. Als ob durch Krieg menschliche Verhältnisse jemals gebessert worden wären!

Deshalb ist mir die Verweigerung des Kriegsdienstes mit der Steuer seither ein Anliegen, zu dem ich mich als Bürger, als Psychologin und auch als Quäker nicht nur berechtigt, sondern vor meinem Gewissen auch verpflichtet fühle. Unsere Verfassung räumt die Möglichkeit der Verweigerung des Militärdienstes mit der Waffe ein. Daher kann uns dieses Recht doch nicht allen Ernstes vorenthalten werden, indem es uns dazu zwingt, den Kriegsdienst mit der Waffe durch den Ankauf eben dieser Waffen erst zu ermöglichen! Denn dass wir durch die gegenwärtige Haushaltspraxis zur Finanzierung kriegerischer Ausrüstungen und Maßnahmen gezwungen werden, können wir als Steuerzahlende nicht von uns weisen. Dieser Zwang verletzt unser Gewissen, und deshalb verweigern wir unsere Zustimmung dazu. Um uns dem oben erwähnten beleidigenden Vorwurf unseres Richters nicht nur durch standhafte Verweigerung, sondern auch durch aktives Handeln zu entziehen, unterstützen meine Frau und ich seit vielen Jahren das *Forum Ziviler Friedensdienst*. Dieses Forum macht es sich seit 20 Jahren zur Aufgabe, bei der Friedenssicherung das Missverhältnis von zivilen und militärischen Mitteln zu verändern und bildet dazu Fachleute für den Frieden aus. Statt diese Arbeit stärker zu fördern hat die Regierung in den vergangenen 15 Jahren über 1000 Mal mehr für Auslandseinsätze der Bundeswehr ausgegeben als für den Zivilen Friedensdienst.

Dabei hat Deutschland mit dem Aktionsplan zivile Krisenprävention schon Mai 2004 den Anspruch formuliert, Politik auf die Prävention von Gewalt und die zivile Bearbeitung von Konflikten auszurichten. Leider ist die damit in Gang gesetzte Dynamik inzwischen erlahmt. Für eine aktive Friedenspolitik muss die Regierung jetzt eine Strategie zum Auf- und Ausbau der Instrumente ziviler Konfliktbearbeitung auf den Weg bringen und dazu möchte ich zusammen mit meiner Frau sowohl im *Netzwerk Friedenssteuer* als auch im *forumZFD* beitragen.

Robert Antoch, Düsseldorf

Über das *forumZFD*

Das *Forum Ziviler Friedensdienst* wurde im Jahr 1996 mit dem Auftrag gegründet, sich für die „Verwirklichung der Idee eines Zivilen Friedensdienstes“ einzusetzen. Das *forumZFD* ist überparteilich und überkonfessionell. Es wird getragen von 37 Mitgliedsorganisationen und etwa 130 Einzelmitgliedern.

Gemäß dem Grundgedanken „Frieden braucht Fachleute“ bietet das *forumZFD* in seiner Akademie für Konflikttransformation lebens- und berufserfahrenen Menschen Qualifizierungskurse zur Friedensfachkraft und Trainings zu Themen der zivilen Konfliktbearbeitung an.

Es führt Projekte des Zivilen Friedensdienstes in Nahost, auf dem westlichen Balkan und in Südostasien durch. Dazu gehören die Aufklärung über die Entstehung und die Konsequenzen gewaltsamer Konflikte, der Aufbau von Dialog zwischen den Konfliktparteien, die Förderung der Zivilgesellschaft und die Reintegration von Flüchtlingen und ehemaligen Kämpfern. Innerhalb Deutschlands unterstützen unsere Fachkräfte als ‚kommunale Konfliktberater‘ Stadtgesellschaften, die im Kontext von Migration und Strukturwandel Spannungen durchleben.

Das *forumZFD* fordert von der Politik in Deutschland und in der Europäischen Union den Ausbau ziviler Konfliktbearbeitung und bringt eigene Vorschläge dazu ein. Es hat das *European Network for Civil Peace Interventions* (EN.CPI) mitgegründet und ist Mitglied der Allianz der globalen *Nonviolent Peaceforce*. Mit Friedensläufen, Kampagnen und Materialien informiert das *forumZFD* über den Zivilen Friedensdienst.

Robert Antoch, Düsseldorf

Fest zum 20-jährigen Bestehen des *forumZFD* e.V.

Am 4. Juni 2016 feierte die Organisation mit ca. 200 Gästen. Nun ja, zunächst gab es ein anspruchsvoll-interessantes Programm. Etliche Friedensfachleute aus den weltweiten Projekten waren „nach Hause“ gekommen, um von ihrer Arbeit vor Ort zu berichten. Einen weiteren Informationsteil bestritten zwei Gründerväter, Tilman Evers und Konrad Tempel, die uns von den frühen Anfängen berichteten. Dabei ging es auch um unterschiedliche Auffassungen bei den Curricula für die Ausbildung. Mein Favorit war das Konzept, dass erwachsene, berufserfahrene Menschen sich in den notwendigen Mediationsmethoden fortbilden, dann in den befristeten Einsatz und danach wieder zurück in ihren Beruf gehen. Diese Vorstellung hat sich jedoch nicht durchgesetzt. Nach einer Phase der kurzzeitigen Traineeprogramme setzte sich dafür die Vorstellung der „gestandenen“ Friedensfachkraft durch. Die Ausbildung wird vom Bundesentwicklungsministerium finanziert.

Damals in den Anfängen wünschte man sich 100.000 FriedensarbeiterInnen bis 2016. Allerdings wusste jetzt niemand zu sagen, wie viele es denn in allen solche Friedensfachleute entsendenden Organisationen inzwischen geworden sind. Beim *forumZFD* gab es bislang 1.000 Auslandseinsätze. In der Broschüre 'Entscheiden für den Frieden' tragen die Vorstandsmitglieder die 20-jährigen Erfahrungen mit der 'eigenhändig' durchgeführten Arbeit zusammen. Inzwischen ist aus dem Verein ein mittelständischer Betrieb mit 100 Beschäftigten geworden. Vom Betriebsrat war nichts zu hören. Den gibt es zwar; er hatte nur keinen Anlass gesehen, sich bei Jubiläum zu präsentieren. Die heutigen Vorstandsmitglieder lassen den Profis viel Freiheit bei den Entscheidungen und agieren vorwiegend wie ein Aufsichtsrat. Der Festakt spielte sich im Freien und unter Zelten ab; da war der kräftige Regenschauer schon vorbei. So verlief der kulturelle und kulinarische Teil in entspannter Atmosphäre. Fotos und Filmaufnahmen der Festreden von Heinz Liedgens und Helga Tempel sind auf der Internetseite festgehalten: www.forumzfd.de/Stimmen_zum_Jubilaeum



Hannelore Morgenstern, Köln

Aachener Friedenspreis 2016 geht an die Bürgerinitiative Offene Heide

Am Donnerstag, 01.09.2016 um 19 Uhr findet die Preisverleihung in Aachen statt.

Sehr engagiert an der Initiative beteiligt sind Helmut Adolf und Christel Spenn, die auch schon lange für die Friedenssteuer aktiv waren. Unser Netzwerk als Preisträger 1993 wird mit Gerlinde und Martin Rambow bei der Preisverleihung vertreten sein. Hier gratulieren wir der *Offenen Heide* schon mal und wissen uns mit ihr im beharrlichen Einsatz für den Frieden verbunden. In der Selbstdarstellung der Initiative heißt es u.a.:

Wir wollen, dass die Colbitz-Letzlinger Heide (80.000 Hektar schutzwürdige Kulturlandschaft im Norden Sachsen Anhalts) nach mehr als sieben Jahrzehnten militärischen Missbrauchs ein Lernort für die Versöhnung mit der Natur und Frieden zwischen den Völkern wird.

An jedem ersten Sonntag im Monat gehen wir deshalb den Friedensweg in die Colbitz-Letzlinger Heide. Die Friedenswege (Wanderungen) beginnen in der Regel um 14 Uhr mit einer öffentlichen Kundgebung und sind oft durch ein kleines Kulturprogramm gewürzt; August 2016 zum 278. Mal.

Seit 2001 funktioniert das so genannte *Gefechtsübungszentrum Heer* (GÜZ), ein Pilotprojekt im

Herzen der Colbitz-Letzlinger Heide. Jährlich werden bis zu 25.000 NATO-Militärs auf dem Gelände für Krieg und Kampfeinsätze geschult. Mit Laserstrahlen, Satellitennavigation und Computertechnik erfolgt die Gefechtssimulation. Europaweit ist das GÜZ die modernste Anlage für Bodentruppen. Deshalb spielt es eine entscheidende Rolle bei der Umstrukturierung der Bundeswehr zu einer weltweit einsetzbaren Angriffsarmee.

Die verteidigungspolitischen Richtlinien von 1992 und das Weißbuch 2006 der Bundeswehr rechtfertigen nahezu unbegrenzte militärische Einsätze, um den Zugang zu lebenswichtigen und knapp werdenden Ressourcen der Erde für die modernen Industrienationen zu rauben.

Diese Neuorientierung der Bundeswehr dient der Vorbereitung von Angriffskriegen und stellt einen Straftatbestand nach dem Grundgesetz, dem Strafgesetzbuch und dem Völkerrecht dar.

"Ziviler Ungehorsam wird zur Pflicht, wo der Staat den Boden des Rechts verlässt" – Gandhi.

Nach dieser Erkenntnis haben Aktive seit 1994 gehandelt und die regionale Justiz und Behörden mit ihrem Widerstand beschäftigt.

Die Heide ist der größte unzerschnittene Raum und die größte nicht-landwirtschaftlich genutzte Landfläche Mitteleuropas. Der Versiegelungs- und Bebauungsgrad ist minimal. Deshalb gibt es hier selten gewordene Biotope und vom Aussterben bedrohte Tier- und Pflanzenarten.

Die jahrelangen intensiven Bemühungen um die Umsetzung eines Naturparkkonzeptes blieben vergeblich. Der Südteil der Colbitz-Letzlinger Heide sollte nach dem so genannten "Heidekompromiss" zwischen Bund und Land ab 2006 zivil nutzbar werden. Dies lehnten die Landtagsabgeordneten von CDU, FDP und teilweise auch SPD ab und verhinderten damit friedliche Arbeitsplätze. Schon seit 1935 war für die Bevölkerung der Zugang erschwert, weil im ehemaligen kaiserlichen Jagdrevier die Heeresversuchsstelle Hillersleben eingerichtet wurde. Seit 1945 übte dort die sowjetische Armee; ab da war die Heide für Zivilisten vollständig unzugänglich. In



1991 beschloss der Land-

tag die ausschließlich zivile Nutzung der Colbitz-Letzlinger Heide! Aber 1993 beschloss der Bundestag die Weiterführung des Truppenübungsplatzes und im August 1994 besetzte die Bundeswehr das 23.000 ha große Kerngebiet ... Der Aufbau des GÜZ kostete bereits über 100 Millionen Euro (Steuergeld). Das GÜZ wird aber privatwirtschaftlich geführt!

Das Arbeitsplatzargument, mit dem die Bundeswehr um Akzeptanz wirbt, ist nicht gerechtfertigt. 1.600 zivile und militärische "Arbeitsplätze" versprach sie, aber für die Einheimischen gibt es nur etwa 150 dauerhafte Jobs, häufig im Niedriglohnbereich. Ganz verschwiegen wird, dass eine naturverträgliche und touristische Nutzung der Heide etwa 2.600 Arbeitsplätze schaffen könnte. So ist das Arbeitsplatzargument doppelt verlogen, denn unproduktive militärische Arbeitsplätze privatisieren Gewinne und vergesellschaften Verluste, so dass die Region wirtschaftlich ausblutet.

Seit das Armeeprojekt 'Schnöggersburg' 2012 bekannt wurde, gab es alljährlich ein einwöchiges internationales „Krieg beginnt hier“-Protestcamp; aktuell vom 25.-31.07.2016; siehe www.war-starts-here.camp. Hier mischt die *Offene Heide* nach Kräften mit und hofft auf rege internationale Teilnahme.

Netzwerk Friedenssteuer wünscht viel Erfolg!!!

Die Redaktion

Aus aktuellem Anlass (1. April 2016)



Der Bund für Soziale Verteidigung begrüßt die Entscheidung des Bundesverteidigungsministeriums, die ausschließlich für das Training von BundeswehrsoldatInnen erbaute „Schnöggersburg“ in Sachsen-Anhalt Geflüchteten zur Verfügung zu stellen. Hier die Pressemitteilung im Originalton:

„Humanität siegt über militärische Logik

Bundesverteidigungsministerin von der Leyen hat die Öffentlichkeit heute Morgen mit der Ankündigung überrascht, das Gefechtsübungszentrum der Bundeswehr in der Altmark in einem bislang einmaligen Schritt umzubauen und vorrangig für Flüchtlinge zur Verfügung zu stellen. Auf die Nachfrage, wie viele Menschen dort Platz finden würden, antwortete sie: „Mehrere Zehntausend sicherlich“.

„Schnöggersburg“ ist eine Kleinstadt, die seit 2012 auf dem Gelände des Gefechtsübungszentrums der Bundeswehr nahe Magdeburg in der Letzlinger Heide in Sachsen-Anhalt errichtet wurde. Sie besteht aus mehr als 500 Gebäuden, darunter einem Supermarkt, einer Apotheke, einem Rathaus, Wohnbauten, einem Armenviertel, einem Kaufhaus, einer Kasernenanlage und einem Sakralbau, außerdem mehreren Kilometern Straße, einem Fluss und der einzigen U-Bahn in Sachsen-Anhalt. Sie wurde errichtet, damit NATO-SoldatInnen dort den Krieg in einer städtischen Umgebung trainieren können. Menschen sollten dort keine einziehen.

Das hat sich jetzt geändert: Wie das Bundesverteidigungsministerium heute Morgen bekannt gegeben hat, soll die Stadt jetzt fertig gebaut und anschließend dem Bundesinnenministerium zur Unterbringung von Flüchtlingen zur Verfügung gestellt werden. Aber auch Deutsche sollen dort einziehen, damit kein Ghetto entsteht. „Jetzt können wir alle, die in Idomeni ausharren, aufnehmen“, ließ Bundeskanzlerin Merkel schriftlich erklären. Flüchtlingsorganisationen begrüßten den Schritt. Die Parteispitze der AFD kündigte an, in einen unbefristeten Hungerstreik zu treten. Keinen Kommentar konnten unsere Berichterstatter heute Morgen von Minister Seehofer bekommen – nach Hörensagen soll er sich an einen unbekanntes Ort zurückgezogen haben.“

Gewaltfrei gegen islamistischen Terror

Der Michael-Sattler^{*)}-Friedenspreis wird vom Deutschen Mennonitischen Friedenskomitee vergeben. 2016 ging er an die *Ekklesiyar Yan'uwa a Nigeria / EYN^{**}* mit ihrer *Christian and Muslim Peace Initiative / CAMPI*. Weitere Infos: <http://www.michael-sattler-friedenspreis.de/sattlerpreis-2016/>

Die *Ekklesiyar Yan'uwa / EYN* (Kirche der Geschwister) hat ihr Hauptverbreitungsgebiet im Nordosten Nigerias. Als größte christliche Kirche der Region leidet sie seit Jahren unter den Angriffen von Boko Haram. Von den im April 2014 entführten 276 Schulmädchen gehören ihr 178 an. Etwa 2000 ihrer Kirchen wurden zerstört, mehr als 10.000 Glieder getötet. Trotzdem hält die EYN an der Friedensbotschaft des Evangeliums fest und verzichtet auf den Ruf nach Vergeltung. Mit ihren Programmen für Frieden und Gerechtigkeit arbeitet sie gegen die ökonomischen und politischen Ursachen der Gewalt. Sie verweigert sich der gewaltsamen Konfrontation und leistet einen aktiven Beitrag zum Aufbau friedlicher Existenz von Muslimen und Christen. Zusammen mit muslimischen Partnern gründete diese Kirche 2010 die *Christian and Muslim Peace Initiative / CAMPI*. Ein Schwerpunkt ihrer Arbeit ist Ausbildung und Training in Konflikttransformation. Obwohl das im Zentrum des Boko-Haram-Aktionsgebietes geschieht, wird diese ganz andere Reaktion auf islamistischen Terror von den internationalen Medien wenig beachtet.



Ephraim Kadala (55), Pastor und Friedenskoordinator der Ekklesiyar Yan'uwa a Nigeria (EYN) und Hussaini Shuaibu (51), Fachhochschullehrer, Mediator und muslimischer Mitarbeiter der „Christian and Muslim Peace Initiative“ (CAMPI).

Die Preisverleihung geschah am 20.5.2016 in Rottenburg am Neckar in einer ökumenischen Feier in der ev. Kirche. Zuvor waren die beiden Vertreter von EYN und CAMPI auf Vortragsreise durch Deutschland unterwegs. Ephraim Kadala (55), Pastor und Friedenskoordinator der EYN war Gast der Synode der Evangelischen Landeskirche in Baden. Zusammen mit Hussaini Shuaibu (51), Fachhochschullehrer, Mediator und muslimischer Mitarbeiter von CAMPI, war er zu Gast auf der Jahrestagung des

Internationalen Versöhnungsbundes in Duderstadt, auf der Pfingsttagung mennonitischer Brüdergemeinden in Neuwied, sowie in einer Reihe von Moscheen, Schulen und Kirchengemeinden.

In seiner Laudatio sprach Jürgen Moltmann von der Verfolgung Michael Sattlers und anderer pazifistischer Täufer durch die offizielle Reformation und bekannte, es werde „Zeit, dass wir nicht nur die Schuld unserer Vorfahren bekennen, sondern auch unsere Bekenntnisschriften revidieren oder neue Bekenntnisse schreiben“. „Den Menschen von Boko Haram zu vergeben, was sie anrichten, heißt, ihnen den Weg zum Leben zeigen, und das Böse, das sie in ihren Opfern an Hass und Vergeltungssucht erwecken, zu überwinden“, betonte Moltmann. „Vergebung öffnet den Tätern die Chance zur Umkehr und macht die Opfer frei von der Fixierung auf die Täter. Wir wünschen nicht, dass die Menschen von Boko Haram vernichtet werden, sondern dass sie zu einem Leben in Frieden bekehrt werden.“

In seiner Antwort sagte Kadala: „Wir wollen einen Unterschied machen, auch wenn wir durch furchtbare Zeiten gehen. Wir gehen nicht nur in den Fußstapfen Michael Sattlers und anderer Friedenstifter, sondern auch in denen Jesu Christi. Wir widmen diese Auszeichnung den Menschen, die ihr Leben verloren haben in Nordnigeria, den Mädchen aus Chibok und allen Menschen auf der Welt, die den Frieden lieben.“ CAMPI-Generalsekretär Shuaibu fügte hinzu, er hoffe, der nächste Michael Sattler komme aus Afrika.

Wolfgang Krauß, Augsburg

¹⁾ Der täuferische Reformator Michael Sattler wurde wegen seines christlichen Pazifismus nach schwerer Folter auf dem Scheiterhaufen verbrannt. Seine Frau Margarethe wurde einige Tage nach seiner Hinrichtung im Neckar ertränkt, einige andere wurden enthauptet.

²⁾ Die EYN ist Mitglied im Ökumenischen Rat der Kirchen und versteht sich als Teil der weltweiten historischen Friedenskirchen.

Wir haben diesem Heft das Buch von Wolfgang Krauß beigelegt.



Den folgenden Artikel haben wir mit Begeisterung dem nachfolgenden Kampagnen-Thema vorangestellt. Wer, der ihn gelesen hat und – wie wir – ausgezeichnet findet, möchte nicht ordentlich aktiv werden um das Verhältnis Bundeswehr / Friedensfachkräfte umzudrehen??!

Wir haben etwas Größeres ausgedacht, woran alle teilnehmen können, denen die unten beschriebene Politik so zuwider ist, dass sie für die nächste Wahlperiode 2017-2021 eine entscheidende Änderung fordern. Lesen Sie bitte den Artikel – und dann unseren Kampagnenplan. Sie werden nicht stecken bleiben und keine Langeweile empfinden!

Weltfremde Rüstungspolitik von Dr. Markus Weingardt

Gewaltlose Konfliktbearbeitung wird oft als naiv und weltfremd belächelt, Militärpolitik gilt als klug und stark. Damit werden enorme Rüstungsausgaben und -lieferungen gerechtfertigt. Die Wirklichkeit spricht allerdings eine ganz andere Sprache. Wer ist hier also weltfremd?!

Herr Meier gibt 35.000 Euro für sein Auto aus. Nicht nur einmal, sondern jedes Jahr aufs Neue: 35.000 Euro für ein immer noch schöneres, schnelleres, stärkeres, sichereres Auto mit allen technischen Raffinessen. Gleichzeitig investiert Herr Meier rund 35 Euro in Bus- und Bahntickets und in sein Fahrrad. 35 Euro, jährlich, nun ja. Auf das Missverhältnis angesprochen, erklärt Herr Meier, dass er selbstverständlich ein überzeugter Verfechter und Förderer

des Öffentlichen Personen-Nahverkehrs und zudem ein leidenschaftlicher Fahrradfahrer sei; das Auto würde er natürlich nur im äußersten Notfall benutzen, ja, im Grunde wolle er es überhaupt nicht nutzen! Tatsächlich gebe er das viele Geld aus, um sein tolles Auto am liebsten nur in die Garage zu stellen. ÖPNV und Fahrrad hätten selbstverständlich absoluten Vorrang, denn Autofahren findet er eigentlich ganz und gar nicht gut!

Absurd? Unglaublich? Nein, aktuelle Politik!

Rund 35 Millionen stehen jedes Jahr für Friedensdienste im Rahmen des "Aktionsplan Zivile Krisenprävention" der Bundesregierung zur Verfügung. Gutes Geld, mit dem beispielsweise Friedensfachkräfte ausgebildet und in Konfliktgebiete entsandt werden, um dort Frieden und Versöhnung zu fördern, ohne Uniform und Waffen. Rund 35 Milliarden Euro hingegen beträgt der jährliche "Verteidigungshaushalt" der Bundesrepublik. Weitere Steigerungen in den kommenden Jahren sind bereits zugesagt, etwa um Kampfdrohnen zu entwickeln und anzuschaffen. Das Tausendfache für den "Aktionsplan militärische Konfliktbearbeitung"!

Doch dieselben Politiker, die diese Milliarden ausgaben gutheißen, erklären im Brustton der

dann, naja, dann muss eben (militärisch) fühlen, wer nicht hören will, geht leider nicht anders ...

Weder ultima noch ratio

Das Missverhältnis der Zahlen spiegelt eine Schiefelage im Denken wider. Ein Gewaltdenken dominiert seit Jahrtausenden die Politik und brannte sich in das menschliche und politische Bewusstsein, als sei es ein Naturgesetz. Die Rede von der ultima ratio ist dabei doppelt verlogen: Gewalt und Krieg zeugen eben nicht von Vernunft, sondern vom Scheitern der "ratio", der Vernunft! Wer zur Gewalt greift, gesteht immer seine Rat- und Hilflosigkeit auf rationaler Ebene ein. Und "ultima", also letztes Mittel war militärische Gewalt noch nie in der Geschichte gewesen, denn noch nie waren im Vorfeld eines

Krieges (auch nicht des Zweiten Weltkrieges!) alle möglichen Mittel gewaltloser Konfliktbearbeitung versucht worden. Noch nie. Gewalt war und ist nie ultima ratio; sie ist nur für jene das letzte Mittel und die letzte Idee, die keine anderen Ideen haben.

Dass Menschen keine anderen Ideen mehr haben, liegt nicht an den Ideen – die gibt es zuhauf! –, sondern an den Menschen. Wie die Mehrheit der Bevölkerung, so haben auch Politiker meist keine Ahnung von gewaltloser Konfliktlösung. Sie

haben keine Kenntnisse und keine Vorstellung von den vielfältigen Mitteln, Möglichkeiten und Erfolgen nichtmilitärischer Konfliktbearbeitung. Das hält sie aber nicht davon ab, Gewaltlosigkeit und ihre Verfechter als "naiv" und "weltfremd" abzukanzeln. Oder so törichte Bemerkungen zu machen, dass die Peschmerga nicht mit der Yogamatte unterm Arm viele Jesiden befreit hätten, oder dass Frau Käßmann, die mehr Kreativität in der Konfliktlösung gefordert hatte, sich gerne bei Gebeten



Überzeugung, dass Krieg natürlich gar nicht gut ist! Vielleicht erklären sie sogar, dass sich Frieden allein mit militärischen Mitteln nicht erreichen lasse; aber leider, leider müsse militärische Gewalt manchmal einfach sein, es ginge nicht anders, weil die anderen ... aber selbstverständlich immer nur als ultima ratio! Als allerletztes Mittel! Und sie preisen vollmundig die Wichtigkeit und den absoluten Vorrang gewaltloser Formen der Konfliktbearbeitung: Verhandlungen, Sanktionen, Druck und Drohung, und

und Kerzen mit den Taliban ins Zelt setzen und Friedensrituale entwickeln dürfe. Und die das sagen, halten sich für schlaue und starke "Realpolitiker".

Gewaltlosigkeit wirkt

Da muss die Frage erlaubt sein, wo eigentlich Kriege "funktioniert" haben? Nicht um Brunnen oder Mädchenschulen zu bauen, denn dazu brauchen wir keine Bundeswehr, das können andere besser. Wo hat Militärgewalt tatsächlich und nachhaltig Leid gemindert, Menschenrechte geschützt, Demokratie gefördert? Man nenne mir die Beispiele – zumal solche Beispiele, in denen alle möglichen nichtmilitärischen Mittel eingesetzt worden waren und versagt haben! Auf der anderen Seite: Wie viel Leid wurde durch Waffen und Militärgewalt angerichtet, Menschenrechte verletzt, Terror gefördert?

Es gibt zahlreiche Beispiele, in denen ein gewaltloser Umgang mit Konflikten erfolgreich war, viele davon durch maßgebliche Mitwirkung religiöser Akteure: der Sturz von Diktator Marcos [5] auf den Philippinen durch die "Rosenkranz-Revolution", die Vermittlung eines Friedensvertrages durch Sant' Egidio in Mosambik und Guinea, die Lösung des chilenisch-argentinischen Jahrhundertkonflikts um den Beagle-Kanal durch den Vatikan, die Friedens- und Versöhnungsbewegung von Maha Ghosananda in Kambodscha, die weltweite Vermittlungsarbeit der Quäker, die friedliche Revolution in der DDR und anderen Staaten des früheren Ostblocks, und Dutzende Fälle mehr. Seit Jahrzehnten, rund um den Globus, in allen Regionen und Religionen. (ausführlicher vgl. <http://www.evangelisch.de/inhalte/100163/27-05-2010/schluss-mit-dem-fanatismus-religion-als-friedensstifter>)

Die US-Wissenschaftlerinnen Erica Chenoweth und Maria Stephan haben in ihrer mehrfach preisgekrönten Arbeit "Why civil resis-

tance works" über 300 Aufstände und Widerstandsbewegungen der letzten hundert Jahre untersucht. Das Ergebnis ist überdeutlich: Gewaltlose Bewegungen haben eine etwa doppelt so hohe Erfolgsquote; die Zahl der Opfer und Schäden ist um ein vielfaches geringer; die Chance auf anschließende Demokratisierung zehn Mal höher; die Gefahr eines Rückfalls in die Gewalt hingegen nur halb so groß; und der Erfolg wird wesentlich schneller und natürlich kostengünstiger – also effektiver – erreicht, als dies in Fällen gewaltsamer "Konfliktbearbeitung" der Fall war. Das ist die empirische Realität. Wird sie von den "Realpolitikern" zur Kenntnis genommen? Wenn dem so wäre: Wie könnte man dann noch rechtfertigen, Tausendmal mehr für Militär anstatt für zivile Konfliktbearbeitung auszugeben?



Panzer oder Prävention?

Das Problem liegt im Denken, einem gewaltdominierten Denken. Solange das tolle teure Auto in der Garage steht, wird Herr Meier beim Aufziehen dunkler Wolken oder bei den ersten Regentropfen geneigt sein, eben doch das Auto statt des Fahrrads zu nutzen – natürlich nur "ausnahmsweise"! Das Auto in der Garage prägt sein Denken, seine Entscheidungen und sein Handeln. Und so prägt der Panzer in der Kaserne das Denken, und ebenso die Kampfdrohne, die sich auch von San Francisco oder Stuttgart aus ganz einfach über Afghanistan steuern

lässt. Im Bewusstsein des Autos in der Garage ist es nicht notwendig, sich auf schlechtes Wetter vorzubereiten und Vorkehrungen zu treffen. Und genau so wird im Bewusstsein der militärischen Möglichkeiten regelmäßig versäumt, Gewalt-Vorkehrungen zu treffen. Wie oft wird argumentiert, der Genozid von Ruanda oder die Massaker von Srebrenica dürften sich nicht wiederholen! Das ist richtig, doch was sind die politischen Konsequenzen? Militärische Aus- und Aufrüstung für "humanitäre Interventionen"? Waffenlieferungen wie an die Peschmerga? Oder Prävention, damit solche Konfliktsituationen gar nicht erst entstehen können?

Wer ist hier weltfremd?

Immer wieder schaut die Politik zu, wie das Kind um den Brunnen springt, doch greift nicht ein. Ist es dann schließlich in den Brunnen gefallen, kommt der völlig überraschte Aufschrei: "Wie konnte das nur passieren!?" Gefolgt von dem Ruf nach Militär und Waffengewalt – wir können doch nicht zusehen, man muss doch was tun! Dann wird Militär eingesetzt, es werden Waffen geliefert, um nebenan springt das nächste Kind um den nächsten Brunnen, die Politik schaut zu, und das Drama wiederholt sich. Zigfach, weltweit, Jahr für Jahr.

Das sind dann die Situationen, in denen die Verfechter gewaltloser Konfliktbearbeitung besonders gern als weltfremde Utopisten belächelt und beschimpft werden. Wie hätte Kobane denn ohne Waffen und Bombardements vor dem IS "gerettet" werden können? Ist doch Blödsinn, heißt es dann, absolut naiv! Der Haken aber ist: die Relevanz und Wirksamkeit gewaltloser Konfliktbearbeitung wird daran gemessen, ob sie als "Notfallkoffer" oder "Feuerwehr" funktioniert. Das aber ist eben nicht das volle Wesen gewaltloser Konfliktbearbeitung. Sie setzt viel früher ein: bei der Konfliktfrüherkennung, der Gewaltprävention, der Ursachenbekämpfung –

bei all dem, was geeignet ist, zu verhindern, dass das Kind in den Brunnen fällt!

Es ist, als würde man im Zenit einer Hochwasserkatastrophe nach sofortigen Schutzmaßnahmen rufen, nach Deichen und Dämmen, die dann, inmitten der Flut, freilich schwer zu errichten sind und nicht mehr wirken können. Doch es wäre absurd und unredlich, deshalb den Sinn von Flutprävention in Frage zu stellen. Nein, das Wesen von Schutzmaßnahmen ist, dass sie – im Wissen um ein früher oder später eintretendes Hochwasser, nach sorgfältiger Beobachtung und Analyse – eben vorher errichtet werden. Die Wassermassen können damit nicht verhindert werden, aber sie können gebremst, gelenkt und entschärft werden, um Opfer zu vermeiden.

Genau so kann und muss gewaltlose Konfliktbearbeitung eingesetzt werden – und genau so hat sie in Dutzenden von Krisen und Konflikten funktioniert. Das kann von militärischer "Konfliktbearbeitung" beileibe nicht behauptet werden. Diese Fakten sollten auch jene zur Kenntnis nehmen, die nicht aus prinzipiell-ethischen Gründen für Gewaltlosigkeit eintreten. Sie zu leugnen – das ist naiv und weltfremd!

Man stelle sich vor...

Man stelle sich vor, das Ausgabenverhältnis in Deutschland wäre umgekehrt: 35 Milliarden für zivile Krisenprävention und Konfliktbearbeitung! Ein stehendes "Heer" von 180.000 Friedensfachkräften statt Bundeswehrsoldaten! Die könnten dann gut und gern in alle möglichen Krisengebieten der Welt entsandt werden. Was könnte damit alles geleistet werden! Was wäre das für ein Zeichen: von Deutschland aus Frieden zu exportieren – statt Waffen und Soldaten!

Veröffentlicht auf <http://www.evangelisch.de/inhalte/123748/06-08-2015/markus-weingardt-zivile-konfliktloesung-statt-ruestungspolitik-ist-vernuenftig> (Rel. 6.8.2015, Rev. 24.5.2016)

Autor

Markus Weingardt, Dr. rer.soc., Friedens- und Konfliktforscher mit dem Schwerpunkt Religion bei der Stiftung Weltethos (Tübingen), Coach und Mediator, Gutachter und Buchautor.

Eine neue Kampagne – Stellen Sie sich vor ...

... es gibt ein Zivilsteuergesetz (ZStG). Danach durften Ihre Steuern seit der letzten Wahlperiode nicht mehr für Militärausgaben verwendet werden, sondern nur noch für friedliche Zwecke – weil Sie das in ihrer Steuererklärung angekreuzt hatten. In Ihrem persönlichen Umfeld haben Sie alle darauf angesprochen, und immer mehr Menschen wählten die Steuern für Militärausgaben ab. Eines nicht mehr so weit entfernten Tages, wir schreiben das Jahr 2030 (weil dann so wie so alles in der Welt besser geworden sein soll, s.S. 23), klopft die dritte oder vierte Nachfolgerin von der Leyens bei Kanzlerin Wagenknecht an mit der Mitteilung, dass ihr das Geld nun definitiv auszugehen drohe. Kein Problem, sagt diese, dann werden wir die Aufgaben des Bundeswehrens noch etwas mehr zurückschneiden. Wo aber noch kürzen? Die Auslandseinsätze gibt es schon nicht mehr, die NATO ist sehr altersschwach geworden (für die EU sind nur noch paar Ostländer freiwillig dabei) und eigentlich – hach, Russland geht es besser, hat an Demokratie zu- und an Atomwaffen abgenommen. Die USA hecheln da immer noch hinterher, aber auch das wird sich noch ändern, weil in- und ausländisch die Cartoonisten und Satiriker nicht mehr zu bremsen sind. Sogar die Saudis machen sich lustig. Heckler & Koch produzieren nur noch hypermoderne Nähmaschinen und haben reißenden Absatz; sie müssen ausbauen. Also wo kürzen? Kabinettsbeschluss: Es werden nur noch die Pensionen bezahlt; die flexiblen Uniformierten umgeschult (für ÖPNV, THW, Katastrophendienst), die nicht-flexiblen aus betrieblichen Gründen entlassen.

Nun ja. Da haben wir bis 2030 doch noch was zu tun, bevor wir genüsslich zurückblicken können. Zum Teil vom Himmel herunter, weil dort schon einige von uns sind, und immer mehr hinzukommen werden, die das Paradies ab 2030 nicht mehr auf Erden erreichen.

Spaß beiseite. Wir wollen es wieder einmal wissen!

Machen Sie mit? Denn allein schaffen wir es nicht. Das sagen Ihnen schon sooo viele andere Organisationen und Internet-Petitionen – Sie können es nicht mehr hören? Wir auch nicht.

Deshalb machen wir es diesmal anders.

Wir laden alle Mitgliedsorganisationen von der *Kooperation für den Frieden* (schon über 60!) und weitere Friedensgruppen zu einem Versuch ein, gemeinsam *unsere* und *deren* Ziele in die Wahlprogramme 2017 der Parteien einzubringen. Jede Organisation wählt das für sie wichtigste Ziel aus – für uns ist das natürlich die Einführung eines Zivilsteuergesetzes. Die Ziele werden gebündelt, d.h. zu einander in Bezug gesetzt, und als Ganzes den Parteien vorgelegt: Bitte, DAS wollen wir, die Zivilgesellschaft, erreichen. Wer von euch das ernsthaft auch will, hat eine gute Chance, von uns gewählt zu werden. Wir wollen auch die ökologischen und wirtschafts- und globalisierungskritischen Gruppen, so wie Initiativen von FlüchtlingshelferInnen ins Boot holen. Denn alles hängt zusammen: Kein Frieden, ohne wirtschaftliche Gerechtigkeit und Umweltschutz.

Sodann bieten wir den Wahlkämpfern Unterstützung an, wenn sie bei Veranstaltungen über unsere Ziele diskutieren wollen. Auch würden wir dabei deren Programmpunkte, die wir gut finden, ebenfalls unterstützen. Hilfe für uns – Hilfe für sie. Wo es wirklich passt.

Was SIE tun können:

Wenden auch Sie sich an die Organisationen oder Gruppen, die sie kennen und vielleicht auch unterstützen, und schlagen Sie ihnen vor, sich unserer Kampagne anzuschließen.

Auf den nächsten Seiten finden Sie Muster-Anschreiben, die Sie, je nach Adressat, völlig anpassen können. Seriös, aber lieber nicht bierernst; die Sache soll lustvoll angepackt werden.

Und schicken Sie uns bitte eine Kopie (gerne per Mail), damit wir einen Überblick aller Angeschriebenen bekommen, an folgende Adresse:

Netzwerk Friedenssteuer
 Michael Held
 Simon-Haune-Str. 15, 36251 Bad Hersfeld
 Tel.: 06621 – 65645
 eMail: a-p-s@gmx.de

Ganz vielen Dank schon mal!!! Ach ja: Sie können dieses Heft zum Verteilen kostenlos bei Michael Held nachbestellen, ebenso wie unsere Drucksachen, S. 27.

Die Redaktion

Kampagne für ein Bürgerbündnis 2017 - Arbeitskonzept

Beitrag des Netzwerk Friedenssteuer: Das Zivilsteuergesetz in Wahlprogramme bringen

Arbeitsweise

1. Zentral wollen wir Parteien (möglichst noch vor der Festlegung der Wahlkampfprogramme), die zum BT kandidieren, anschreiben mit der Aufforderung, ihre KandidatInnen zu ermutigen, sich mit unseren Themen auseinanderzusetzen und bei regionalen Veranstaltungen dazu zur Verfügung zu stehen.
Wir bitten sie zu prüfen, welche von unseren Forderungen und den Forderungen anderer Organisationen und Gruppen sie in ihre Wahlprogramme aufnehmen und ebenfalls im Wahlkampf offensiv vertreten wollen, damit wir sie in unserer Kampagne dementsprechend herausstellen können.
2. Dezentral wollen wir regionale MotivatorInnen aus dem Kreis der aktiven Friedenssteuerleute mit solchen aus anderen Organisationen zusammenbringen und sie fragen:
Welche BT-KandidatInnen werden angeschrieben, welche Veranstaltungen sollen durchgeführt werden. Diese MotivatorInnen übernehmen auch die regionale Öffentlichkeitsarbeit. Unterstützung durch unsere zentrale Geschäftsstelle in Bad Hersfeld (Material, Referenten, Diskutanten).

Organisation - Kontaktstelle einrichten

- a. **Der Ort:** *Arbeitsstelle Praktische Schritte für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung / APS* in Bad Hersfeld. Dort wird für zunächst 12 Monate eine BufDi-Stelle (Bundesfreiwilligendienst) oder FSJ-Stelle (Freiwilliges Soziales Jahr) eingerichtet.
Die Ausschreibung geht u.a. an alle Mitgliedsorganisationen der *Kooperation für den Frieden* und des *Ökumenischen Netzes in Deutschland / ÖNiD*.
- b. **Aufgaben:** Internet- und Telefondienst, Rundmails nach Vorgaben, Mails und Briefe beantworten, neue Kontakte finden und pflegen, Ergebnisse dokumentieren. Informieren über Zielkatalog; Materialversand und Erklärungen dazu. Möglicherweise erklärenden Kurzfilm für YouTube erstellen.
- c. **Der juristische Träger** für die BufDi- bzw. FSJ-Stelle gegenüber dem Bundesamt ist: *Evangelische Freiwilligendienste der Diakonie Hessen* in Kassel; der **finanzielle Träger** ist das *Netzwerk Friedenssteuer*.
- d. **Kostenrahmen:** Die BufDi- bzw. FSJ-Stelle kostet uns für 12 Monate 10.500 € brutto. Für 'Nicht-Heimschläfer' kommt evtl. noch ein Mietanteil hinzu. Unser Netzwerk ist bereit, die Kosten für die Stelle zu übernehmen und an die *Ev. Freiwilligendienste Hessen* zu überweisen. Kosten ca. 10.500 € Die mitwirkende Organisationen werden gebeten, eigene Sachkosten selber zu tragen und ggf. anteilig zu übernehmen: Büromaterial, Raummiete, Tel.-, Druck- und Kopierkosten, Fahrtkosten.
- e. **Der Vertrag** wird zwischen *Netzwerk Friedenssteuer*, Hess. Freiwilligendienste und BufDi oder FSJler geschlossen.
- f. **Kampagnenleiter** Michael Held:
Er erhält alle Kosten ersetzt: 15 Mon. x 200 € = 3.000 €
Für das Erstellen von neuem Material (Infos, Film für YouTube, DVD), das Einrichten einer Internetseite und evtl. das Führen einer online-Petition sind insgesamt 3.500 € vorgesehen. Summe: 17.000 €. Das können wir finanziell stemmen.

10.500 €
3.000 €
<u>3.500 €</u>
<u>17.000 €</u>

Kampagnenstart: 15.07.2016

Kampagnenschluss: Bundestagswahl 2017; Auswertung.

Das *Netzwerk Friedenskooperative* in Bonn (www.friedenskooperative.de), Dienstleisterin für die gesamte Friedensbewegung und Herausgeberin der Zeitschrift *FriedensForum*, hat zur Finanzierung von weiteren dringend benötigten MitarbeiterInnen ein Patenschaftsmodell entwickelt. Wer zur Stabilisierung dieser für die ganze Friedensbewegung wichtige Institution (www.FriedensarbeiterIN.de) beitragen will, möge bitte einen Obolus auf das Konto überweisen, das Sie im beigelegten Faltblatt finden. Ob 5 € oder 50 € - **Hauptsache regelmäßig**, damit geplant werden kann. Dieses Patenschaftsmodell macht es z.B. möglich, dass sich Marvin Mendyka – er stellt sich im Faltblatt vor – um unsere Internetseite kümmert. Hilfe von Marvin, speziell für unsere Kampagne, müssen wir allerdings selbst zahlen. Spenden dafür erbitten wir auf unser Netzwerk-Konto, Stichwort ‚Kampagne‘.

die Redaktion

Mustertext für Anschreiben an Organisationen und Gruppen

Anschrift

Anrede,

hätten Sie Interesse daran, dass Ihr Anliegen ein Thema beim kommenden Wahlkampf wird?
Wenn ja, können Sie dabei Unterstützung gebrauchen?
Wenn ja – unterbreite ich Ihnen folgenden Vorschlag:

Schreiben Sie dem Netzwerk Friedenssteuer e.V.^{*)}, einer bundesweiten Friedensorganisation, die ich unterstütze, einen Brief mit drei Punkten:

1. Ihr wichtigstes Ziel, das Sie in der nächsten Legislaturperiode gerne erreichen möchten;
2. Den Weg dorthin, der Ihres Erachtens für die Politik gangbar wäre oder werden muss;
3. Die Nennung eines Ansprechpartners Ihrer Organisation.

Schreiben Sie so kurz und prägnant wie es geht; bitte nicht mehr als eine A4-Seite.

Das Netzwerk Friedenssteuer richtet diese Bitte auch an sehr viele andere Gruppierungen aus der Friedens- Ökologie-, globalisierungskritischen sowie alternativ-wirtschaftlichen Bewegung. Alle Ziele und politischen Lösungsvorschläge werden zu einander in Bezug gesetzt und gebündelt. So entsteht ein starkes Bündnis, das sich im Wahlkampf sehen lassen kann: **Das Bürgerbündnis 2017**.

Sodann schickt das Netzwerk Friedenssteuer im Namen dieses Bündnisses den Parteien das entstandene, sicherlich umfangreiche Heft mit Forderungen an PolitikerInnen und bietet WahlkämpferInnen Unterstützung an, wenn sie bei Veranstaltungen über diese Ziele diskutieren wollen. Auch würde das Bündnis dabei die Programmpunkte der Parteien, welche es gut findet, seinerseits ebenfalls unterstützen. Unterstützen sie das Bündnis, unterstützt dieses auch die WahlkämpferInnen und BundestagskandidatInnen. Natürlich nur da, wo es wirklich passt.

Zu den Wahlkampfveranstaltungen sollten dann über die Ansprechpartner möglichst viele Aktive für Diskussionen mit den Politikern vor Ort engagiert werden.

Ich persönlich hätte gute Lust auf ein solches Bündnis – das haben die PolitikerInnen bisher noch nicht erlebt. Vielleicht lassen sie sich so eher verpflichten, die Zivilgesellschaft endlich über den Wahltag hinaus ernst zu nehmen, bis zum Ende der Legislaturperiode!

In der Hoffnung auf Ihre Teilnahme an dieser Kampagne

Unterschrift und Datum

^{*)} Netzwerk Friedenssteuer e.V.
z.H. Herr Michael Held
Simon-Haune-Str. 15
36251 Bad Hersfeld
Tel.: 06621 – 620186
eMail: a-p-s@gmx.de
www.friedenssteuer.de

Mustertext für Anschreiben an MdB-KandidatInnen

Anschrift

Sehr geehrte Frau x /Sehr geehrter Herr y,

Sie möchten für die Partei ... in den Bundestag einziehen?

WIR möchten, dass Sie für UNS einziehen, für die Zivilgesellschaft, die Sie nach dem Grundgesetz als Ganzes vertreten sollen.

Dazu hat ein wacher Teil der Gesellschaft – das **Bürgerbündnis 2017** – ein 'Regierungsprogramm' aufgestellt, das wir Ihnen anbei zukommen lassen.

Sie lachen? Das ist gut.

Lesen Sie unser Programm bei Kaffee und guter Laune durch.

Seien Sie sicher, dass wir Sie unterstützen, wenn Sie bei Wahlveranstaltungen darüber diskutieren werden. Lassen Sie uns bitte wissen, wann Sie wo auftreten, und wir sorgen für informierte und seriöse Gesprächspartner.

Die Programmpunkte Ihrer Partei, die uns richtig erscheinen, werden wir unsererseits ebenfalls unterstützen. Sie helfen uns? Dann helfen wir Ihnen.

In Erwartung Ihrer positiven Antwort

Unterschrift

Datum

Anlage: Regierungsprogramm vom Bürgerbündnis 2017

Für Gespräche mit KandidatInnen sei hier schon mal auf einen interessanten Artikel hingewiesen:

Weißbuch 2016: die Bundeswehr vor einer Neuorientierung?

Von Otmar Steinbicker, Herausgeber des *Aachener Friedensmagazin aixpaix* (stark gekürzt).

Während diese *Friedenssteuer Nachrichten* erscheinen, wird ein neues 'Weißbuch' der Bundeswehr herausgegeben. Das letzte Weißbuch aus 2006 hatte den Schwerpunkt auf eine Ausweitung der Auslandseinsätze gelegt. Besonders der Afghanistan-Einsatz zeigte aber, dass Konflikte politisch gelöst werden müssen und nicht militärisch gelöst werden können. Deshalb ist ein größeres Umdenken angesagt. Ein deutliches Signal setzte zu Jahresbeginn die Kommission 'Europäische Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr' am *Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik* an der Universität Hamburg. Sie gab ein Positionspapier heraus: 'Weißbücher haben ausgedient! - Plädoyer für ein friedens- und sicherheitspolitisches Grundlagendokument der Bundesregierung'. Darin wird, ausgehend von der Kritik am Afghanistan-Einsatz, eine Orientierung auf Friedenspolitik gefordert. „**Mit der neuen Abteilung für Krisenprävention, Stabilisierung und Konfliktnachsorge im Auswärtigen Amt** (Hervorhebung durch die Redaktion) besteht schon jetzt ein institutioneller Ort, dieses breitgefächerte Instrumentarium zu bündeln und entsprechende Strategien zu entwickeln“, heißt es dort. Das ist noch kein pazifistischer Ansatz, der Bundeswehreinsätze prinzipiell ausschließt, aber zumindest ein anderer, nachdenklicher Ansatz, der auf Konfliktlösungen statt auf Konflikteskalation setzt. Die deutsche Friedensbewegung hat seit zehn Jahren mit dem Konzept einer zivilen Konfliktbearbeitung für jeweils aktuelle Konfliktherde (Afghanistan, Türkei-Kurdistan, Syrien, usw.) Dossiers und konkrete Vorschläge vorgelegt, die exakt solche Methoden vorsehen. Ob Politik jetzt bereit ist, von der Friedensbewegung zu lernen, muss sich zeigen.

Der vollständige Text steht auf <http://www.aixpaix.de/autoren/steinbicker/weissbuch-20160413.html>. Dort sind viele sehr interessante Artikel zu finden – Empfehlung!

die Redaktion



Bericht über die 13. Strategiekonferenz der Kooperation für den Frieden

19. und 20. Februar 2016 in Leipzig

„Kalter Krieg in Europa? Herausforderungen an eine gemeinsame Friedenspolitik in Europa - Handlungsoptionen für die Friedensbewegung“

Als VertreterInnen unseres Netzwerkes nahmen Bernhard Willner, Jan Birk und Gisela Lattmann-Kieser an der Konferenz teil, alle drei zum ersten Mal.

Da wir wussten, dass bei den vergangenen Konferenzen zwar meistens sehr gute Vorträge zu hören waren, jedoch nur selten verbindliche und verbindende Strategien entwickelt wurden, kamen wir mit einem Vorschlag für ein anderes Prozedere, nachdem die alljährlichen Konferenzen tatsächlich mit einer Strategie für das anschließende Jahr enden könnten. Eine Strategie mit einem gemeinsamen Ziel und einer gemeinsamen Aktion.

Nach unserem Vorschlag kann jedes Koop-Mitglied ein Strategieziel mit Aktion oder gar Kampagne vorschlagen; aus den Vorschlägen soll eines gewählt und von allen zusammen im anschließenden Jahr umgesetzt werden, damit 'die' Friedensbewegung endlich ein erkennbares Gesicht bekommt.

Als Beispiel eines solchen Ziels nannten wir natürlich die Einführung eines Zivilsteuergesetzes; als Aktion die Zahlung eines symbolischen Extra-'Steuer'betrages für zivile Zwecke an das Finanzamt.¹⁾ Es ging hier ganz klar um ein Beispiel – natürlich wären wir froh, wenn das Beispiel so übernommen würde, aber wir würden auch andere gute Ziele unterstützen.

Mittlerweile hat unsere Jahrestagung beschlossen, schon jetzt eine Kampagne zu entwickeln, die weit darüber hinaus geht, s. Seite 11-14.

Das Programm war stramm gefüllt mit hochkarätigen Vortragenden, die hochkarätige Vorträge hielten. Für uns und unser Projekt war aber kein Platz auf der Tagesordnung vorgesehen; es ließ sich auch keiner mehr einbauen. Das wussten wir vorher, und so haben wir unser Anliegen inhaltlich an einem gut besuchten Infotisch bekannt gemacht. Darüber hinaus ließ sich leider keine Strategiediskussion entwickeln, aber die Idee wurde für die nächste Sitzung des Kooperationsrates (der 3 bis 4 Mal jährlich tagt) mitgenommen.

Die ersten zwei haben schon stattgefunden, führten aber noch nicht zum erwünschten Ergebnis; Interesse scheint aber da. Weiter geht es in der Vorbereitungsgruppe für die Strategiekonferenz 2017, die noch nicht getagt hat.

In allen Vorträgen wurde unüberhörbar deutlich, dass mit dem Krieg in der und um die Ukraine in Europa neue Spannungen sichtbar geworden sind. Das Misstrauen zwischen NATO und Russland ist groß, eine Eskalationsspirale ist im Gang. NATO und Russland führen Militärmanöver an ihrer Ost- bzw. Westgrenze durch. Beide Seiten modernisieren ihr Atomwaffenarsenal, darunter auch die US-Waffen in Büchel. Deutschland, wie auch andere NATO-Staaten und Russland, planen drastische Erhöhungen ihrer Militärausgaben. Dies sind nur einige von vielen besorgniserregenden Entwicklungen, die eine gemeinsame Friedenspolitik in Europa in die Ferne rücken lassen. 25 Jahre nach der Auflösung des Ostblocks tritt die militärische Abschreckung wieder in den Vordergrund. Vortragende waren Konrad Raiser, ehemaliger Generalsekretär des Ökumenischen Rates; Daniela Dahn, Journalistin und Schriftstellerin, Willy-Brandt-Kreis; Rainer Braun, IALANA; Norman Peach, Völkerrechtler. Die Vorträge können in der Dokumentation unter www.koop-frieden.de nachgehört werden.

Die folgende Podiumsdiskussion stand unter dem Thema: „Ostpolitik Europas in der Kontroverse – Wege zu einer entfeindeten Politik mit Russland“. Die VertreterInnen aus Russland, Polen und Deutschland machten deutlich, dass die aktuellen Konflikte mit Russland nur gemeinsam gelöst werden können.

Am Nachmittag wurden 7 interessante Arbeitsgruppen angeboten. Bernhard und Gisela nahmen an der AG 'Abschaffung der Atomwaffen' teil. Hauptanliegen war die Information über die ab 2020 geplante kostspielige Aufrüstung der 20 im Fliegerhorst Büchel / Rheinland-Pfalz gelagerten US-Atombomben. Diese ist geplant, obwohl am 26. März 2010 der Bundestag in einem überparteilichen Beschluss die

Bundesregierung aufforderte, auf den Abzug dieser Atombomben hinzuwirken. Als Reaktion darauf wurde die Aktion 'Büchel ist überall – atomwaffenfrei jetzt' vorgestellt, die dann im Plenum diskutiert werden sollte. Jan nahm an der Arbeitsgruppe 'Von deutschem Boden geht Krieg aus - regionale Kriegsvorbereitung verhindern' teil. Dort wurde engagiert und faktenreich die US-amerikanische weltweite Militärstruktur dargestellt. Der Schwerpunkt lag auf der Darstellung dessen, was hier in Deutschland geschieht, vom EUCOM in Stuttgart und dem militärisch genutzten Flughafen Leipzig bis zum größten Stützpunkt außerhalb der USA, Ramstein. Die Vortragenden haben sehr engagiert für den Ramsteiner Appell (www.ramsteiner-appell.de) geworben.

Das tun wir auch: siehe beiliegende Erklärung + Unterschriftenliste.

Nach der Darstellung vieler Ideen und Vorschläge aus den Arbeitsgruppen wurden im Abschlussplenum Handlungsoptionen vorgestellt. Die Kampagne 'Büchel ist überall' wurde als Gemeinschaftskampagne vorgeschlagen. Die Teilnahme daran sollte dann in den 67 Mitgliedsorganisationen einzeln beschlossen werden. Ziel dieser Aktion (26. März bis 9. August 2016) ist die Entfernung aller Atomwaffen von deutschem Boden.²⁾

Nach Ende der Konferenz versammelten sich etliche Teilnehmende zur Demonstration „Lichter für Syrien“ auf dem Leipziger Leuschnerplatz und hielten eine Mahnwache mit kurzen Statements, gemeinsam mit Leipziger FriedensaktivistInnen.

Wir hoffen, dass für nächstes Jahr unser vorgeschlagenes Prozedere angenommen und vielleicht sogar unser Strategieziel mit der Gemeinschaftskampagne gewählt wird.

Gisela Lattmann-Kieser, Berlin Jan Birk, Preetz

Fazit von Jan Birk (wird so nicht von Bernhard und Gisela geteilt):

Zu viel Input, zu wenig Output. Es wurden viele Informationen gegeben (Video-Protokoll unter <http://www.koop-frieden.de/sub/strategiekonferenz-2016-in-leipzig/dokumentation.html>), viele Initiativen und Aktionen vorgestellt, aber eine verbindende Strategiediskussion (Titel der Konferenz) fand nicht statt. Das war wohl bei den meisten auch nicht die Erwartung. Schade!

¹⁾ Hannelore Morgenstern setzte als Erste diese vorgeschlagene Aktion in die Praxis um. Sie teilte dem Finanzamt mit, dass sie ab sofort monatlich 1,30 € überweist, s. Seite 19

²⁾ Bemerkung der Redaktion: Dies ist keine Strategie, die aus der Friedensbewegung kommt, sondern eine Kampagne von der Anti-Atom-Bewegung. Es geht also noch nicht um eine 'Errungenschaft' der Kooperation für den Frieden, aber es geht in die Richtung, die wir wünschen.

Bericht von der Friedensteuer Arbeitstagung in Köln, 2. – 4. Oktober 2015

Es wurde hauptsächlich über unsere Aktionsmöglichkeiten gebrütet, nachdem so manches bisher enttäuschend verlaufen ist (keine Bewegung bei PolitikerInnen und Gerichten, wenig Bewegung in den Kirchen). Machen wir trotzdem weiter? Wenn ja – wie?

Heraus kam, dass keine/r richtig aufgeben mag. Es kam die Idee, nur einfache, niederschwellige Aktivitäten zum Mitmachen anzubieten, die dann auch deutlicher, plastischer und bitte auch leichtfüßiger sein sollten. Aber dann wurde doch wieder eine Kampagne angedacht. Wir scheinen das im Blut zu haben ...

Bericht von der Friedensteuer Jahrestagung in Erfurt, 11. - 13. März 2016

- Wir gedenken Günther Lott, der am 1. Januar, s. Seite 26
- Friedrich Heilmann kündigt an, sich ab Anfang 2017 aus der Friedenssteuerarbeit zurückzuziehen. Wir haben den Nachfolger für die Neuaufstellung der Internetseite gefunden: Marvin Mendyka. Für die Gestaltung der *Friedenssteuer Nachrichten* und Unterstützung von CPTI suchen wir noch.
- Gerlinde Rambow scheidet aus als Sprecherin der AG Steuern zu Pflugscharen. Die Versammlung spricht Gerlinde großen Dank für die geleistete Arbeit aus und ist glücklich, dass Hannelore Morgenstern diese Aufgabe übernimmt.

Beschlüsse:

1. Der Einstieg in die angedachte Kampagne wird beschlossen. AG: Michael Held, Wolfgang Steuer und Gertie Brammer. Geschätzte Kosten: ca. 17.000 €.
2. Wir unterschreiben als Verein das Gründungs memorandum für einen Thüringer Rüstungskonversionsfonds, siehe beigelegtes Faltblatt.
3. Die im Februar schon von Einzelnen angefangene Initiative für eine strukturierte Strategieplanung bei der Strategiekonferenz wird unterstützt. Es soll ein gemeinsames Ziel und eine gemeinsame Aktion geben (s. Seite 15).
4. Es werden bekannte Menschen gesucht, die einen Unterstützerkreis für unser Netzwerk bilden mögen. Koordinierung: Else Tonke. Als ersten haben wir Dr. Markus Weingardt bereitgefunden.
5. SzP nimmt wieder teil am Kirchentag, der in 2017 je nach Schwerpunkt an mehreren Orten in Ostdeutschland stattfinden wird. Planungstreffen für alle Interessierten am 14.10.2016, am Vormittag vor dem Arbeitstreffen in Köln.

Die Mitgliederversammlung traf folgende Beschlüsse:

- a. **Das Guthaben des früheren Anderkontos wird dem Verein vollständig zur Verfügung gestellt. Wer 3 Jahre nach Einzahlung auf das neue Anderkonto (s. Rückseite rechts unten) sein Guthaben noch nicht zurückverlangt hat, muss von Frau RA Besendahl erinnert werden. Deshalb sollte die Einzahler-Adresse im Betreff der Überweisung stehen.**
- b. Der Vorstand wurde für das Haushaltsjahr 2015 einstimmig entlastet, Geschäftsführerin Katharina Rottmayr und Kassenprüferin Lina Hoffmann sehr herzlich für ihre sorgfältige Arbeit gedankt. Auch der neue Haushaltsplan für 2016 wurde einstimmig angenommen.
- c. Als neue Mitglieder wurden aufgenommen: Jan Birk, Gisela Lattmann-Kieser und Michael Held.
- d. Vorstandswahl nach drei Jahren: der alte = der neue Vorstand: Wolfgang Steuer, Hannelore Morgenstern, Katharina Rottmayr. Für die viele Arbeit wurde mit Applaus und einem kleinen Buch-Präsent gedankt.

Brief einer Leserin: (es mögen mehrere folgen!)

Wir werden alt.

Seit 1983 gibt es das Friedenssteuer-Netz, ein Zusammenschluss von Menschen, die nicht für das Militär zahlen wollen. Auch ich habe den betreffenden Teil meiner Steuern einbehalten, den Gerichtsvollzieher im Haus gehabt, ein entsprechendes Verfahren durchgestanden. Ich habe Vorträge über das Thema gehalten, mit Bundestagsabgeordneten in Berlin gesprochen, Interessierte beraten. Aber in 25 Jahren ist es mir nicht gelungen, einen einzigen Menschen ebenfalls zur Kriegssteuerweigerung zu bewegen.

Nun gehe ich auf die Achtzig zu, die Kräfte sind geringer geworden. Noch kann ich Unterschriften zu unserem Anliegen sammeln, mich fortbilden, zur Jahrestagung unseres Vereins fahren. Was bedeutet dieses Treffen mir inzwischen?

Nicht mehr das Thema beschäftigt mich in erster Linie, das wohl noch einige Generationen in Atem halten wird. Am Wichtigsten sind mir heute meine MitstreiterInnen, die ich seit einem Vierteljahrhundert kenne. Sie sind der Friedenssteueridee treu geblieben wie ich; und meine Falten, mein weiß gewordenes Haar erkenne ich um die vertrauten Züge wieder. Mit einigem Glück - denn von Jahr zu Jahr fehlen mehr Gesichter. Jede/r der Älteren dürfte sich, wie ich selbst, fragen: Wie viele Jahrestagungen sind mir noch vergönnt? - Ich betrachte voll Hoffnung und guter Wünsche die Jüngeren unter uns, die entschlossen sind, das gemeinsame Anliegen weiterzutragen.

Wir Alten sterben, ohne den Krieg 'abgeschafft' zu haben. Müssen wir uns dafür schämen? Oder eher dafür, dass wir so vermessen waren, es überhaupt zu versuchen?

Das Scheitern im Bewusstsein, den Tod vor Augen, bin ich dennoch nicht verzweifelt. Ich sehe meine MitstreiterInnen an, weiß, welchen Herausforderungen sie sich außer der Friedenssteueridee auch noch stellen: Eine-Welt-Laden, Gefangenenbetreuung, Flüchtlingshilfe, Münchner Sicherheitskonferenz verändern, u.a.m. Nein - auch das Ziel der Friedenssteuer ist kein Hirngespinnst. Alles hängt zusammen; das Friedensnetz reißt nicht, wenn die Kraft der Einzelnen erlöscht. Nein, ich fühle mich nicht gescheitert, die lebenden FreundInnen sind mir Beispiel; und wer weiß: die Toten 'schieben' vielleicht aus dem Jenseits und verstärken unsere Gütekraft?

Gudrun Rehmann, Detmold

AG Rechtswege

Die AG hat mit der Herausgabe des 'Leitfaden' seine Aufgaben erledigt und wurde in den Ruhestand versetzt. Der Leitfaden ist für diejenigen gedacht, die sich eingehend mit dem Thema Militärsteuerverweigerung (Rechtsweg) auseinandersetzen wollen; entweder um selber zu verweigern, oder um mit anderen darüber zu diskutieren. Er ist nicht von Juristen geschrieben, sondern von uns, und ist folglich nicht mit offizieller Rechtsberatung gleichzustellen.

Zu bestellen bei Marduk Buscher (s. Rückseite).

Preis: 9,80 € + 1,00 € Porto (Büchersendung).



Unser Netzwerk verfolgt im Moment allerdings nicht aktiv den Rechtsweg bis zur Klage, weil jetzt keine positiven Urteile zu erwarten sind. Es hätte wieder dann einen Sinn, wenn jemand direkt persönlich vom Militär geschädigt wurde und zur Klage in unserem Sinne bereit wäre. Wer so jemanden kennt: bitte melden!

Jetzt wollen wir den Finanzämtern immer wieder kleine Nadelstiche beibringen, die, wenn genügend Menschen mitmachen, diese vielleicht doch zum Nach- und Umdenken bringen könnten. Im Folgenden finden Sie drei Beispiele, die zum Nachfolgen einladen. Bausteine aus den Texten können gerne übernommen werden. Um es mit Günther Lott zu sagen: Es ist wichtiger, einen Schritt zu machen, als keinen.

VARIATIONEN zum Thema Militärsteuerverweigerung

A. Verweigerung der Mitwirkung mit dem Finanzamt

Am 25.08.2015 schrieb Ria Makein aus Bedburg-Hau an ihrem Finanzamt in Kleve folgenden beeindruckenden Brief:

„Seit Jahren möchte ich erwirken, dass meine Steuerzahlung nicht weitergeleitet wird, bevor sichergestellt ist, dass eine gesetzliche Möglichkeit zur Steuerverwendung nur für zivile Zwecke geschaffen wurde.

Ich machte geltend, dass es mit meinem Gewissen nicht zu vereinbaren ist, mich an militärischer Gewalt zu beteiligen. Durch meine Steuerzahlung bin ich dazu jedoch gezwungen und fühle mich als Staatsbürgerin verantwortlich für die daraus entstehenden gesellschaftlichen Folgen. Deutsche Soldaten sind weltweit im Einsatz und "schützen deutsche Interessen" auch z.B. in Afghanistan. Deutschland ist drittgrößter Waffenhändler der Welt, befeuert also weltweit gewalttätige Konflikte. Im Gegensatz dazu steht der Aufwand für friedenspolitische Gewaltprävention und gewaltarme Konfliktlösungsstrategien in keinem Verhältnis.

Ich möchte mit meinen Steuerzahlungen einen Staat unterhalten, der sich den sozialen Aufgaben verpflichtet weiß, und seine Reichtümer zum Wohle der Menschheit, nicht nur in den Grenzen Europas einsetzt. Insofern ist durch die jetzige gesetzliche Regelung für mich eine erhebliche Härte gegeben und die Zahlungsforderung in höchstem Maße unbillig.

Sie lehnten diesen Antrag ab, und ich erhob Klage beim Finanzgericht in Düsseldorf. Ich hoffe auf einen Entwicklungsprozess, der die Kriegsdienstverweigerung (KDV) mit der Steuerzahlung ebenso möglich werden lässt, wie es die Politiker mit der KDV nach dem grausigen Einsatz der Wehrmacht im 2. Weltkrieg vorsahen.

Alle von mir gewünschten Möglichkeiten, auf eine zivile Verwendung meiner Steuergelder zu dringen, wurden mir verwehrt und nunmehr zeichnet sich ab, dass die in Deutschland lagernden Atomwaffen nicht abgeschafft werden, wie es sowohl unsere Politiker als auch B. Obama versprochen sondern dass sie im Gegenteil modernisiert werden sollen. Außerdem sollen Drohnen angeschafft werden, die es Staaten ermöglichen, ohne Rechtswege aus dem blauen Himmel heraus zu töten.

Da ich seit Jahren gegen die permanente Kriegsvorbereitung protestiere und gleichzeitig erleben muss, wie ich mittels Steuerzahlung zu diesem Irrsinn beitrage, halte ich diesen Zwiespalt nicht mehr aus. Daher habe ich beschlossen, die Zusammenarbeit mit dem Finanzamt aufzukündigen, um nicht zum Handlanger



dieser Organisation staatlicher Verbrechen zu werden. Ich werde auf keine Anfragen reagieren, bis Sie mir erlauben, die ausstehenden Gelder an den Zivilen Friedensdienst zu überweisen. Dieser ist dringend auf Unterstützung zur Initialisierung alternativer, gewaltfreier Konfliktlösungspotentiale angewiesen.

Ich bedaure, Ihnen damit Mühe zu machen, aber es ist mir nicht möglich, einfach zur Tagesordnung überzugehen angesichts des Elends, dass wir auf dieser Welt speziell mit militärischer Gewalt anrichten."

riamakein@online-de, Tel: 02821-14460

Bis März 2016 passierte nichts. Dann kam ein Brief des Finanzamtes bei Ria an. Sie hat die Annahme verweigert, den Brief an den Absender zurückgeschickt. Nun hat das Finanzamt Anfang Juli ihr Konto gepfändet. Was sie ärgert (und das wollte man wohl auch): nicht nur der geschuldete Betrag, sondern das gesamte Guthaben wurde gesperrt. Ria: „Für 4 Wochen komme ich nun nicht an mein Geld. Eigentlich wäre das eine schöne Gelegenheit für eine Aktion in der Stadt: Vier Wochen ohne Geld in Deutschland wegen Friedenssteuer - oder so ähnlich. Aber leider scheue ich davor zurück.“

B. Steuergeschenk statt Steuerverweigerung

Am Freitag, dem 13. Mai übergab Hannelore Morgenstern dem Finanzamt in Köln ihre Einkommenssteuer-Erklärung und neueste Aktion. Sie teilte dem Finanzamt mit, dass sie ab sofort 1,30 € pro Monat überweise:

„Mit dieser Zeichenhandlung will ich den Staat als Gesetzgeber verpflichten und symbolisch ausstatten, mir - und der Bürgerschaft - die grundsätzliche Wahlfreiheit bei der Steuerverwendung für ausschließlich zivile oder auch für militärische Zwecke einzuräumen. Mit dieser Zeichenhandlung fordere ich Sie - mein Finanzamt als mein unmittelbares Gegenüber in der Finanzverwaltung - auf, endlich für einen gewissen schonenden Ausgleich zu sorgen. Die Berufung auf Grundrechte ist zwar in der Abgabenordnung nicht ausdrücklich vorgesehen und wurde bis jetzt in allen Gerichtsurteilen abgelehnt. Aber den gegebenen Spielraum - nämlich ‚erhebliche Härte‘ auch anders als rein finanziell, eben als gewissen belastend zu interpretieren - zu nutzen, wäre z.B. für den Finanzamtsleiter in Lüchow-Dannenberg denkbar (auch wenn er ihn nicht nutzt). Die Finanzämter können durch Zusammenarbeit zu einer weiterführenden Interpretation der AO kommen oder selbst für eine gesetzliche Regelung zur ausgleichenden Konkordanz sorgen ...“



hannelore.morgenstern@gmx.de, Tel: 0221-552525

C. KFZ-Steuer-Abschlag

Uns schrieb Herbert Römpf aus Hilpoltstein (EKI Baden) folgenden sehr inspirierenden Brief:

„In diesem Jahr werde ich 75, fühle mich stark und sicher genug noch einige Jahre Kfz-Steuer zu zahlen. Aber nur mehr mit einem symbolischen Abschlag. Vorteile dabei sind:

- **minimaler Aufwand meinerseits.** *Wie hoch auch immer die Steuer sein wird, überwiesen wird mit dem symbolischen Abschlag von 10 Euro. Keine lange Rechnung, leicht merkbare Summe;*
- **maximales Kopfzerbrechen für die staatliche Behörde wegen**
 - a) *Begründungsbrief,*
 - b) *Überweisungs-Einbehalt auf nachprüfbarem Anderkonto (Netzwerk) und*
 - c) *Kasse der Behörde stimmt nicht;*
- **eleganter Verweigerungsmodus:** *Sollte mir je die Angst zu groß werden kann ich jederzeit ‚aufgeben‘ und nachzahlen. Zurzeit will ich das nicht, werde bei Anmahnung der Behörde erst nachfragen aufgrund welcher Befugnis der Staat mich bei meiner legitimen (wenn auch nicht legalen) Steuerminderung von meiner Verpflichtung auf das Grundgesetz befreien kann. Dort steht in verschiedenen §§, dass deutsche Soldaten nicht legitimiert und legalisiert sind sich an kriegerischen Konflikten außerhalb der BRD zu beteiligen. Daraus leite ich ab, dass meine Steuer als friedliebender Bürger nicht anteilig für militärische Zwecke wie Bundeswehreinätze oder Bürgschaften für Waffenexporte etc. verwendet werden dürfen;*



- dem Anderkonto des Netzwerk Friedenssteuer wird gleichzeitig mitgeteilt, dass ich den einbehaltenen und dort verdoppelten Betrag nicht/nie mehr will und ihn als Spende für das Netzwerk betrachte^{*)};
- **Ermutung für andere Ruheständler** im Versöhnungsbund, im Netzwerk Friedenssteuer, im Verbund 'Kooperation für den Frieden' und anderen Gruppierungen sich diesem einfachen Bewusstseins-Impuls anzuschließen. Ein Weg der natürlich auch für Berufstätige möglich aber dort wohl mit mehr Zögern verbunden ist.

Hinweis auf die einzige Mühe, die mit diesem Kriegssteuerprotest verbunden ist:

Bisher wird die Kfz-Steuer vom Zoll per Lastschrift eingezogen. Dort musste ich also per Brief mitteilen, dass ich künftig meine Kfz-Steuer per (jährlicher) Überweisung selbst tätigen will. Wichtig: Auf einen Lastschrift-Widerruf per Mail reagiert die Behörde nicht!

Mehr musste ich nicht unternehmen. Es sind nun bereits ganze 9 Monate vergangen ohne Reaktion oder Mahnung der Behörde. Irgendwo liegt jedenfalls mein Verweigerungs-Begründungs-Brief und bereitet Kopfzerbrechen. Sobald sich das ändert und mit mir Kontakt aufgenommen wird, werde ich das Netzwerk und andere Interessierte gern informieren.

Es würde mich riesig freuen, wenn diese sehr einfache Verweigerungsmöglichkeit im Sinne des verstorbenen Vorbilds Günther Lott zu einem wachsenden Verweigerungskreis führen würde! Als Ermutung im Anhang eine Zusammenstellung, die dokumentiert, dass beispielsweise die immer noch in der BRD (Büchel) gelagerten und gewarteten Atomwaffen sowohl nach internationalem Recht als auch nach dem deutschen Recht und dem Willen unseres Bundestags eindeutig illegal sind!!!"

herbert.roempp@gmx.de, Tel: 09174 - 38 27

Eine Abschrift schickte Herbert an die Mitglieder des Bundes- u. Landtags aus seinem Wahlkreis.

^{*)} Achtung: Wer 3 Jahre nach Einzahlung auf das neue Anderkonto (s. Rückseite rechts unten) sein Guthaben noch nicht zurückverlangt hat, muss von Frau RA Besendahl erinnert werden. Deshalb sollte die Einzahler-Adresse im Betreff der Überweisung stehen.

AG Steuern zu Pflugscharen / SzP

Januar 2015: Die Konferenz für Friedensarbeit im Bereich der EKD hat nicht für oder gegen ein Zivilsteuergesetz gestimmt. Dafür fehlten die Rückmeldungen aus den Landeskirchen. Die AG SzP ist folglich hin und hergerissen zwischen großer Enttäuschung und Hoffnung auf spätere Zustimmung. Sehr überrascht war die Arbeitsgruppe von den Bedenken des Friedensbeauftragten Renke Brahms in seinem Vorwort zur epd-Dokumentation „Zahlen für den Krieg?“ Nr. 20/2014, einfach so veröffentlicht und nicht mit uns geklärt. Folglich schrieb der Vorstand an Renke Brahms die Gegenargumente; allerdings war das schon Ende Juli 2015 und ist immer noch ohne Reaktion. Die epd-Dokumentation kann als pdf-Datei bestellt werden bei: hannelore.morgenstern@gmx.de

Kirchentag 3.–7. Juli 2015: In Stuttgart brüteten wir mit vielen anderen am Stand in den Zelten. In unserem postgelben Briefkasten lagen 128 Postkarten, die wir an 17 Landeskirchen weiterleiteten, damit man sich dort mit dem Zivilsteuergesetz befassen möge. Wir erfuhren von einer Rückmeldung: Der Alterspräsident der Württemberger Landeskirche, Dr. Harald Kretschmer, fragte nach

einem Vorschlag für einen Antrag in Sachen ZStG an die Württembergische Landessynode, den er inzwischen auch gestellt hat. Er hatte von der Synodalpräsidentin unsere Postkarten erhalten, damit er damit evtl. was anfangen solle. So hatten wir uns das ja vorgestellt.

Die von uns organisierte Podiumsdiskussion im Zentrum Frieden mit den Diskutierenden Andreas Zumach, Dr. Thomas Nauerth, Günther Lott, Karen Hinrichs, Martin Hüfken, moderiert von Bettina Röder / *Publik Forum* sprengte fast den Raum: 70 Leute kamen und blieben. Andreas Zumach trat als entschiedener Befürworter unseres Anliegens auf; dagegen mussten wir auch erleben, wie Martin Hüfken/Militärseelsorge an der Frage anlangte, ob man denn bei der Steuerverwendung für ausschließlich zivile Zwecke auch eine Gewissensprüfung machen müsse ...

Die Initiative für einen Thüringer Rüstungskonversionsfonds gründete einen Trägerkreis in Jena (16.11.15; Rüstungsatlas: www.ruestungsatlas-thueringen.de/index.php). Gerlinde Rambow nahm schon am ersten Treffen (Sept. 2015) teil und wird das NWFS auch künftig

dort repräsentieren. Unser Vorstand hat das Gründungs memorandum unterzeichnet. Bei der Jahrestagung 2016 hat unser Verein Gerlinde Rambow als langjährige Sprecherin der AG SzP mit großem Dank verabschiedet. Sie übergab diese Funktion und die Fortführung der Vereinsdokumentation an Hannelore Morgenstern.

Diskussionsstand in den interessierten Landeskirchen:

Nachdem Berliner Kreissynoden der EKBO angeschrieben worden waren, gab es einen Teilerfolg in Berlin-Neukölln (9./10. Okt.2016): Die Kreissynode nahm „als ein wichtiges Zeichen das Anliegen des Netzwerkes Friedenssteuer bzgl. eines Zivilsteuergesetzes zustimmend zur Kenntnis“ und bat das Präsidium der Landessynode über unser Anliegen des ZStG zu beraten. Der Kirchenkreis Lichtenberg Oberspree holte sich Pfr. Martin Rambow zur Kreissynoden-Sitzung; allerdings entschied sich die Kreissynode nicht für Unterstützung. Im Vorjahr ließ Bischof Dröge wissen: Die Landeskirchenleitung nahm das ZStG zur Kenntnis und diskutierte es. Er stimme im Wesentlichen mit der Positionierung des Friedensbeauftragten der EKD, Renke

Brahms, überein, der die Gewissensentscheidung und die Begleitung der Menschen in Gewissensnot durch die Kirche stark hervorhebt, insgesamt aber eher ein Umdenken im politischen System anmahnt ...

Aufgrund des Antrags von Dr. Harald Kretschmer hat die Herbstsynode (bis 26.11.15) der württembergischen Landeskirche den Antrag an den Ausschuss für Kirche, Gesellschaft und Öffentlichkeit geleitet. Es wird geprüft, eine Arbeitsgruppe zusammen mit der entsprechenden AG der EKiba zu bilden. Der synodale Ausschuss wird sich gleichfalls mit dem Beitritt der Landeskirche zur Aktion „Aufschrei“ und der Grundgesetzänderung zur Begrenzung von Waffenexporten befassen.

Die Landeskirche in Baden/EKiba forderte von der EKD ein friedensethisches Leitbild.

Die badische Synode hat im Oktober beschlossen, dass sich der Beirat für den friedensethischen Prozess des ZStG annehmen möge. Unterstützend soll in einem Arbeitskreis das Thema mit Experten aus unserem Netzwerk Friedenssteuer bearbeitet werden, zu dem Oberkirchenrätin Karin Hinrichs einlädt (sie war bei unserer Podiumsdiskussion auf dem Kirchentag).

Hannelore Morgenstern-Przygoda

CPTI – Rückblick 2015 und Ausblick 2017

Im Frühjahr 2015 trafen sich 15 CPTI-Freundinnen und Freunde in London zu einer Arbeitskonferenz. Wir verabredeten die Weiterarbeit bei der UNO in Genf, die Überarbeitung der Internetseite www.cpti.ws, Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit und die Organisation einer Internationalen Konferenz in Kopenhagen im Juli 2017. Sie wird von Bjarke Vangsøe Sunesen (Fredsskattefondene i Danmark) organisiert, natürlich unter Mithilfe des CPTI Vorstandes. Die Quartiersuche ist noch nicht abgeschlossen, der genaue Termin kommt dann.

Schatzmeister Robin Brookes (GB) verwaltet das Budget von CPTI mit zurzeit 4.698 GBP, das sind je nach Umrechnungskurs ca. 5.500 Euro. Damit ist CPTI im Grunde handlungsfähig, wenngleich die Konferenz deutlich mehr Mittel benötigen wird.

Mit dem Umzug von Belgien nach Großbritannien müssen formal die Mitgliedschaften bei CPTI neu bestätigt werden. Dies erfolgte mit den Landesorganisationen Norges Fredsford (Norwegen), Conscience (Großbritannien), VRAK (Belgien), National Campaign for a Peace Tax Fund (USA) und Netzwerk Friedenssteuer. Zusätzlich gibt es acht Einzelmitglieder zurzeit.

Christophe Barbey vertritt CPTI vor Ort in Genf bei der UNO, Milena Romero (Kolumbien) ist im CPTI-Vorstand für diese Arbeit zuständig.

Dietmar Czerny, Vorsitzender und Friedrich Heilmann, Sekretär





EINLADUNG ZUM WELTFRIEDENSKONGRESS
IPB World Congress 2016 on Military and Social Spending
 Technische Universität Berlin, 30.09. - 03.10.2016

Disarm! For a Climate of Peace Creating an Action Agenda?

Politische Konfrontation und verstärkte militärische Aufrüstung sind eine weltweite Realität. Allein im Jahr 2015 gaben die Regierungen aller Staaten der Welt summiert \$1,8 Billionen (1.800 Milliarden!) für ihre Rüstungshaushalte aus. Im selben Jahr litten 900 Millionen Menschen an Hunger. Täglich sterben 10.000 Kinder an behandelbaren Krankheiten. Die sozialen Ungleichheiten nehmen unvermindert zu.

Vom 30. September bis zum 2. Oktober 2016 wird das *Internationale Friedensbüro* (International Peace Bureau, IPB) daher den Weltkongress zum Thema internationale Abrüstung an der Technischen Universität Berlin ausrichten. Der Kongress wird den Fokus auf den derzeitigen globalen Militarisierungstrend legen.

Um ein wahres Klima des Friedens zu schaffen, müssten die Rüstungsausgaben aller Staaten der Welt in bedeutendem Maße umverteilt werden. Würde dieser vom IPB propagierte Ansatz ernsthaft verfolgt, könnten Milliarden US-Dollar eingesetzt werden, um Projekte zur Eindämmung des Klimawandels zu finanzieren, humanitäre Programme zu unterstützen und nachhaltige Entwicklung sowie soziale Gerechtigkeit zu fördern.

Der Kongress baut auf der jahrzehntelangen Arbeit des IPB zum Thema „Abrüstung für nachhaltige Entwicklung“ auf und führt diese fort. Der Kongress will einen Friedenaktionsplan auf den Weg bringen und für einen friedlichen wie sinnhaften Umgang mit den begrenzten Ressourcen unseres Planeten werben.

Es haben lauter namhafte RednerInnen und NobelpreisträgerInnen zugesagt, um ihre Ideen und Ansätze mit den Teilnehmern zu diskutieren. Das vorläufige, bereits sehr umfassende Programm ist unter <https://www.ipb2016.berlin/program/program-structure/> zu finden.

Die Organisatoren des Kongresses konfrontieren die Welt des Krieges mit einer klaren Vision einer Welt des Friedens und der Kooperation. Doch um die gewünschte Transformation zum Erfolg zu führen, ist das Engagement jedes und jeder einzelnen erforderlich.

Zögern Sie daher nicht! Melden Sie sich an, nehmen Sie an der Veranstaltung teil und bringen Sie Ihre eigenen Ideen mit ein!

Dieser Aufforderung ist unser Netzwerk natürlich nachgekommen, weil es ganz genau unser Thema trifft.

Sonntagmorgen von 10:45 – 12:00 Uhr gibt es einen Friedenssteuer-Workshop: 'Changing Taxes for the Military into Taxes for Peace' (mit deutscher Übersetzung) geleitet von CPTI, Robin Brookes (GB) und IPB, Jan Hellebaut (Belgien). Dabei sind Wolfgang Steuer, Hannelore Morgenstern und Gertie Brammer.

Das Anmeldeformular ist verfügbar unter:
www.ipb2016.berlin/event/ipb-world-congress-berlin/

Aktuelle Informationen zum Kongress stehen zur Verfügung:
 auf der offiziellen IPB-Website: www.ipb2016.berlin/
 auf der IPB-Facebook-Seite: www.facebook.com/IPBcongress2016/
 auf der IPB-Facebook-Event-Seite: www.facebook.com/events/145728277925108/

International Peace Bureau, c/o INES, Marienstr. 19/20, 10117 Berlin
 Tel: 030 - 20 65 48 57 Fax: 030 - 30 20 65 48 58

Die Agenda 2030 soll:



THE GLOBAL GOALS For Sustainable Development

- Armut und Hunger beenden und Ungleichheiten bekämpfen
- Selbstbestimmung der Menschen stärken, Geschlechtergerechtigkeit und ein gutes und gesundes Leben für alle sichern
- Wohlstand für alle fördern und Lebensweisen weltweit nachhaltig gestalten
- Ökologische Grenzen der Erde respektieren: Klimawandel bekämpfen, natürliche Lebensgrundlagen bewahren und nachhaltig nutzen
- Menschenrechte schützen – Frieden, gute Regierungsführung und Zugang zur Justiz gewährleisten
- Eine globale Partnerschaft aufbauen

Die neue Agenda löst seit 2016 die Millenniums-Entwicklungsziele, die sich die Weltgemeinschaft Anfang des Jahrtausends gesetzt hatte, ab. Sie wurde dieses Mal mit breiter Beteiligung der Zivilgesellschaft in aller Welt entwickelt. Übersicht der 17 Ziele (die 169 Unterziele haben):



Hier die zusammenfassende Erläuterung vom BMZ:

“Ziel 16: Friedliche und inklusive Gesellschaften im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und effektive, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen. Nachhaltige Entwicklung ist nicht ohne Frieden und Stabilität möglich. Deutschland fördert darum den Aufbau von effektiven, verantwortungsvollen und transparenten Institutionen auf allen Ebenen. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit unterstützt ihre Partnerländer dabei, die politischen Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche soziale, ökologische und marktwirtschaftliche Entwicklung zu schaffen.”

Man kann auch einen Fortschritt in Agenda 2030 gegenüber Agenda 2015 (Millenniumsziele) sehen, denn jetzt ist erstmals das Thema Frieden (Ziel 16) überhaupt enthalten. Allein das ist es doch schon wert, die am 18. September 2015 von der UN-Generalversammlung beschlossene Agenda – auch Zukunftscharta genannt - zur Kenntnis zu nehmen. Das Ziel 16 mit seinen 12 Unterpunkten ist zwar nicht „der Renner“; denn es heißt darin, dass alle Formen der Gewalt sowie illegale Finanz- und Waffenströme deutlich zu verringern sind. Das waren offenbar die kompromissfähigen Aussagen der Beteiligten. Immerhin blieb das Friedensziel Teil der Agenda; zuvor stand es schon mal auf der Kippe. Nun ist festgehalten, dass nachhaltige Entwicklung auch vermehrte und differenzierte Anstrengungen zum Frieden enthalten muss.

Hannelore Morgenstern-Przygoda

Fundstelle ¹⁾; vollständiges Original ²⁾

¹⁾ <http://info.kopp-verlag.de/hintergruende/geostrategie/michael-snyder/die-agenda-2-3-blaupause-fuer-eine-neue-weltordnung.html>

²⁾ S. 15 <http://www.un.org/depts/german/gv-70/a70-l1.pdf>, Beschlussvorlage für UN-Generalversammlung A/70/L.1

Malik Jalal: „So fühlt es sich an, von Drohnen gejagt zu werden.“

(Englisches Original: I'm on the Kill list. This is what it feels like to be hunted by drones)

Ich bin in der seltsamen Lage, zu wissen, dass ich auf der 'Todesliste' stehe. Ich weiß es, weil es mir gesagt wurde, und ich weiß es, weil vier Mal Raketen auf mich abgefeuert wurden. Ich habe außergewöhnliches Glück, noch am Leben zu sein.

Ich möchte nicht als „Insektenspritzer“ enden – das hässliche Wort, das die Überreste eines Menschen beschreibt, der von einer Hellfire-Rakete in die Luft gejagt wurde, von einer Predator-Drohne abgefeuert. Noch wichtiger: ich möchte nicht, dass meine Familie dem zum Opfer fällt, oder auch nur mit den Drohnenmaschinen über ihren Köpfen leben muss, im Wissen, dass sie jeden Augenblick vaporisiert werden können.

Ich bin diese Woche in England, weil ich beschlossen habe, dass, wenn die aus dem Westen mich töten wollen, ohne auch nur zuvor mit mir zu reden, ich vielleicht gehen sollte, um mit ihnen zu reden. Ich werde meine Geschichte erzählen, damit ihr selbst beurteilen könnt, ob ich die Art Mensch bin, die ihr ermordet sehen wollt.

Ich komme aus Wasiristan, an der Grenze zwischen Pakistan und Afghanistan. Ich bin einer der Anführer des Friedenskomitees von Nordwasiristan (NWPC), einer Organisation örtlicher Maliks (Gemeindevorsteher), die sich der Aufrechterhaltung des Friedens in unserer Region widmet. Wir arbeiten mit Genehmigung der pakistanischen Regierung, und unsere Hauptaufgabe besteht darin, Gewalt zwischen den örtlichen Taliban und den Behörden zu verhindern.

Im Januar 2010 habe ich meinen Wagen meinem Neffen Salimullah geliehen, damit er ihn nach Deegan fährt, für Ölwechsel und Reifenkontrolle. Der Himmel war klar, und über uns kreisten Drohnen.

Während sich Salimullah mit dem Mechaniker unterhielt, fuhr ein zweites Fahrzeug neben meines. Vier Männer saßen darin, einfache Bergleute aus den Chromerzminen der Gegend. Eine Rakete zerstörte beide Fahrzeuge, tötete alle vier Männer und verletzte Salimullah schwer, der die nächsten 31 Tage im Krankenhaus verbrachte. Ob man auch mich im Visier hatte?

Der nächste Angriff kam am 3. September 2010. Ich fuhr in einem roten Toyota Hilux Surf SUV zu einer 'Jirga', einer Gemeindeversammlung von Ältesten. 40 Meter hinter mir war ein anderes rotes Fahrzeug, das meinem beinahe glich. Als wir Khader Khel erreichten, jagte eine Rakete das andere Fahrzeug in die Luft und tötete alle vier Insassen. Ich raste davon, Flammen und Trümmer in meinem Rückspiegel. Später erfuhr ich, dass die Opfer vier örtlichen Arbeiter aus dem Mada Khel-

Stamm waren, und keiner von ihnen Verbindungen zu militanten Gruppen hatte. Nun schien es wahrscheinlicher, dass ich das Ziel war.

Der dritte Drohnenangriff erfolgte am 6. Oktober 2010. Mein Freund Salim Khan lud mich zum Abendessen ein. Ich rief Salim an, um mein Eintreffen anzukündigen, und kurz ehe ich dort ankam, schlug eine Rakete ein und tötete sofort drei Menschen, darunter meinen Cousin Kaleem Ullah, einen verheirateten Mann mit Kindern, und einen geistig behinderten Mann. Abermals hatte keines der Opfer mit Extremismus zu tun. Jetzt war ich mir sicher, dass sie hinter mir her waren.

Fünf Monate später, am 27. März 2011, richtete sich eine amerikanische Rakete auf eine Jirga, auf der örtliche Maliks – alles meine Freunde und Kollegen – daran arbeiteten, einen lokalen Streit zu lösen und Frieden zu bringen. An die 40 Zivilisten starben an diesem Tag, alle unschuldig, und einige von ihnen ebenfalls Mitglieder des NWPC. Ich traf früh am Ort dieses Schreckens ein. Wie andere sagte ich an diesem Tag einige Dinge, die ich bereue. Ich war zornig, und ich sagte, sie würden unsere Rache bekommen. Aber wie sollten wir das in Wahrheit jemals tun? Was uns wirklich frustrierte, war, dass wir – die Dorfältesten – jetzt machtlos sind, unsere Leute zu schützen.

Ich wurde gewarnt, dass die Amerikaner und ihre Verbündeten mich und andere aus dem Friedenskomitee auf ihrer Todesliste hätten. Ich kann meine Quellen nicht nennen, weil sie selbst zum Ziel würden, weil sie versuchen, mein Leben zu retten. Aber ich zweifle nicht mehr daran, dass ich einer der Gejagten bin.

Bald fing ich an, mein Fahrzeug fern von meinem Bestimmungsort zu parken, damit es nicht zum Ziel würde. Meine Freunde fingen an, meine Einladungen abzulehnen, aus Furcht, die Mahlzeit könnte von einer Rakete unterbrochen werden. Ich gewöhnte mir an, unter den Bäumen zu schlafen, weit oberhalb meines Hauses, damit ich nicht zum Magneten des Todes für meine ganze Familie würde. Aber in einer Nacht folgte mir mein jüngster Sohn Hilal (damals sechs) hinauf in die Berge. Er sagte, dass auch er die Drohnenmaschinen nachts fürchte. Ich versuchte, ihn zu trösten. Ich sagte, die Drohnen zielen nicht auf Kinder, aber Hilal weigerte sich, mir zu glauben. Er sagte, die Raketen hätten schon oft Kinder getötet. Da wusste ich, dass ich sie nicht weiter so leben lassen konnte.

Ich weiß, die Amerikaner halten mich für einen Gegner ihrer Drohnenkriege. Sie haben recht; das bin ich. Menschen zur Ermordung auswählen und neun unserer unschuldigen Kinder für jede

Person, die sie anzielen, zu töten, ist ein Verbrechen von unaussprechlichem Ausmaß. Ihre Politik ist so dumm, wie sie kriminell ist, weil sie genau die Menschen radikalisiert, die wir beruhigen wollen.

Ich bin mir dessen bewusst, dass die Amerikaner und ihre Verbündeten denken, das Friedenskomitee sei eine Fassade, und dass wir nur einen sicheren Raum für die Taliban in Pakistan schaffen. Dazu sage ich: ihr irrt euch. Ihr wart nie in Wasiristan, woher wollt ihr das wissen? Das Mantra, der Westen solle nicht mit „Terroristen“ verhandeln, ist naiv. Wenn Terroristen in die Gesellschaft wieder eingegliedert wurden, ist das noch

kaum je ohne Verhandlungen geschehen. erinnert euch an die IRA; sie haben einmal versucht, euren Premierminister in die Luft zu sprengen, und jetzt sitzen sie im Parlament. Es ist immer besser zu reden als zu töten.

Ich bin um die halbe Welt gereist, weil ich diesen Disput so lösen will, wie ihr es lehrt: durch Gebrauch der Gesetze und des Gerichts, nicht durch Gewehre und Sprengstoffe.

Fragt mich alles, was ihr fragen wollt, aber beurteilt mich gerecht – und bitte hört auf, meine Frau und meine Kinder zu terrorisieren. Und nehmt mich von dieser Todesliste.

In der Originalveröffentlichung wird erwähnt, dass Malik Jalal in England von der NGO "Reprieve" vertreten wird. Recherche ergab: 'Reprieve' setzt sich ein gegen die Todesstrafe, gegen Guantanamo und gegen die Drohnenkriegsführung. Sie haben Mittel aus zweifelhaften Quellen erhalten (EU/Soros), aber diese Mittel sind nur ein Bruchteil der Finanzierung. Es handelt sich also um eine relativ 'saubere' Menschenrechtsorganisation. Um es bei dieser Gelegenheit ins Gedächtnis zu rufen: die Steuerungszentrale für diese Drohnenmorde liegt nach wie vor in Deutschland, in Ramstein.

Dagmar Henn, April 2016

<http://vineyardsaker.de/usa/so-fuehlt-es-sich-an-von-drohnen-gejagt-zu-werden/#more-465417>

5000 Menschen protestierten in Ramstein gegen den Drohnenkrieg

(stark gekürzter Bericht)

Es war die größte Protestaktion gegen Drohneinsätze, es waren die größten Aktionen der Aufklärung und Information in der Geschichte des jahrzehntelangen Protestes gegen die Militärbasis der USA in Ramstein. Die Stimmung in der Region wurde zugunsten von Frieden verändert. Das ist das Resümee der vielfältigen Aktivitäten in Ramstein vom 09. bis 12.06.2016. Die Aktionen waren jung. Gleichzeitig war es toll, auch viele langjährige AktivistInnen wieder zu treffen.

- 5.000 Menschen bildeten eine Menschenkette durch die Ortschaften um die Air Base Ramstein.
- Mehr als 600 Menschen beteiligten sich an der öffentlichen Abendveranstaltung am Freitag
- Mehr als 500 TeilnehmerInnen fanden sich zu den Diskussionen im Friedenscamp zusammen.
- TeilnehmerInnen aus den USA, Großbritannien, Frankreich, der Schweiz, Belgien, Luxemburg und Österreich waren dabei.

„Von deutschem Boden geht Krieg aus und wir fordern von der Bundesregierung, diese völkerrechtswidrige Kriegsführung der USA-Regierung zu beenden“, so Oskar Lafontaine, Eröffnungsredner auf einer der drei Auftaktkundgebungen.

Alle RednerInnen unterstrichen die zentralen Anliegen der Demonstrierenden:

- Schluss mit dem völkerrechtswidrigen Drohnenkrieg!
- Die Air Base mit ihren zentralen Kommandostrukturen, u.a. für den Atomkrieg und die Raketenabwehr, muss in einem längeren Prozess geschlossen werden.

- Durch ein umfassendes Konversionsprogramm müssen die militärischen Arbeitsplätze in zivile umgewandelt werden.
- Die Beteiligung Deutschlands an Interventionskriegen muss beendet und alle Aufrüstungsprogramme gestoppt werden.

Die Demonstrierenden bekundeten ihre Solidarität mit den Flüchtlingen, die wegen der Kriege der USA und der NATO, zu uns kommen müssen. „Der tägliche Tod im Mittelmeer“ ist unerträglich und eine politische und moralische Anklage an die Politik der westlichen Staaten. Völlig neu und in dieser positiven Dimension auch unerwartet war die eindrucksvolle, breite und vielfältige Medienresonanz.

Die Aktionen wurden in der Vorbereitung kontrovers, manchmal hämisch, einige Male auch verleumderisch diskutiert. Das Wochenende hat eindrucksvoll und überzeugend bewiesen: Es war die Friedensbewegung, in ihrer Breite und Vielfalt – von Amnesty International über DFG-VK und Attac bis hin zu den sich seit Frühjahr 2014 entwickelnden neuen Organisationen und Initiativen – in ihrer Unterschiedlichkeit, aber auch in der Eindeutigkeit der inhaltlichen Grundpositionen, die in und um Ramstein demonstrierte. Was sicher die Teilnehmenden einte, war der Wille zum Frieden in einer gefährlichen Situation, war das NEIN zu Krieg und Militarismus, war die eindeutige Opposition zur regierenden Politik.

„Wir werden wiederkommen“ war der einheitliche Tenor. Wir sind dazu bereit!

Quelle: www.ramstein-kampagne.eu

Zum Gedenken an Rosa Covington Packard 1936 – 2016, USA

Rosa Packard haben wir kennen gelernt als CPTI-Repräsentantin in New York bei der UN-Menschenrechtskommission. Diese Funktion hat sie von 2001 bis 2010 übernommen; sie gehörte auch der entsprechenden NRO-Arbeitsgruppe an. Dann jedoch musste sie aus Krankheitsgründen von New York zu ihrer Tochter nach Pennsylvania ziehen. Dort starb sie nach langer Krankheit am 22. 2. 2016.

Wir trafen Rosa bei den Internationalen Konferenzen, z.B. in Hirschluch (2002)¹⁾, Brüssel (2004, siehe Bild) und bei einer CPTI-Vorstandspräsens in Genf (2005) während der dortigen Sitzung der Menschenrechtskommission.

Ich traf auf eine überzeugte Pazifistin, die bei den Quäkern ihre religiöse Heimat fand. Die Beratung von Kriegsdienst-Verweigerern und ihr Engagement als Kriegssteuer-Verweigerin führte sie bis zum Supreme Court (obersten Gerichtshof) – wenn auch ohne den erhofften Erfolg. In den Akten findet sich u.a. ihr mündliches Statement von der Menschenrechtskommission im April 2003; dabei erzählte sie vor all diesen Staaten, dass sie ihrem Glauben gemäß bereits seit 22 Jahren ihre Einkommensteuer auf ein Quäker-Anderkonto einzahle.

Rosa, die Montessori-Trainerin²⁾, war eine Frau von herzlicher Ausstrahlung und beachtlicher Energie, die ungeachtet Alter und eingeschränkte Gesundheit immer wieder nach Europa reiste – ganz im Dienst für die Sache. Bei unseren Treffen war Rosa voller Ideen für Bildungs- und Forschungsaspekte und auch für die notwendige Suche nach Geld und Personen. Für die Bearbeitung von Gerichtsfällen schlug sie die Kooperation mit amerikanischen Universitäten, Instituten und Studierenden vor und erarbeitete selbst eine Zusammenstellung von vier internationalen Quäker-Fällen, um so leichter Leute und Geld einzuwerben. Sie setzte sich dafür ein, einen Anwaltsreferendar zu finden, der sich zum Spezialisten für Friedenssteuer entwickelte; in den USA gibt es vereinzelt interessierte Fachjuristen.

Rosa gehörte zu den Menschen, die durch ihre innere Überzeugung und Ausstrahlung andere auf den oft beschwerlichen Weg mitnehmen können. Sie hat gezeigt: Auch wenn das Ziel noch nicht erreicht ist - der persönliche Einsatz „really can make a difference“!

Hannelore Morgenstern



¹⁾ siehe Rosas Rede bei der Konferenz, dokumentiert unter www.rosapackard.org/PeaceTaxWitness.htm

²⁾ Rosa Covington Packard: The Hidden Hinge – Self-development in Early Childhood the Montessori Way, 1972 & 1995)

Gedenken an Günther Lott



Am 1. Januar erfuhren wir, dass Günther Lott in der Neujahrsnacht verstorben ist. Apotheker in Rauenberg/Baden, war er jahrelang dem Grundsatz „Kein Geld dem Militär“ gefolgt; Gerhard Schöne, der Liedermacher aus Dresden, hatte über ihn ein Lied mit diesem Titel geschrieben und 1997 veröffentlicht. Günther hatte jahrelang einen Teil seiner Steuern einbehalten und auf ein Anderkonto überwiesen. Dem Finanzamt erklärte er in schlüssig begründeten Briefen, dass ihn sein Gewissen dazu verpflichtete, kein Geld für die Ausbildung zum Töten und für Kriegführung zu zahlen. Auch der ‚Herr Gerichtsvollzieher‘ musste erfolglos gehen, und die Behörde pfändete schließlich vom Konto.

Im Bemühen, eine zivile Verwendung seiner Steuerbeträge zu erreichen, führte Günther mit anwaltlicher Unterstützung Klagen vor dem Finanzgericht und dem Bundesfinanzhof, denen konsequenterweise zweimal eine Verfassungsbeschwerde in Karlsruhe folgte.

In den 1980er Jahren war Günther Lott maßgeblich am Aufbau der bundesweiten Friedenssteuer-Initiative (FSI) beteiligt. Als nach der gewaltlosen Revolution 'Steuern zu Pflugscharen' aus dem Osten Verstärkung kam, wurde die FSI in Netzwerk Friedenssteuer umgetauft, das in 2003 zu einem gemeinnützigen e.V. wurde. Das Letzte war gegen seinen Willen („Bloß keine Vereinsmeierei!“), aber er war ein gut-demokratischer Verlierer und zeigte sich später zufrieden mit den Vorteilen – Vereinsmeierei hat es nie gegeben.

Regelmäßig war Günther als kompetenter Diskussionspartner an den Treffen der AG Rechtswege in München beteiligt, aber auch auf Podien oder Tagungen stellte er gerne und überzeugend seine Erfahrungen und Grundsätze vor. Hier betonte er immer wieder die Taktik der kleinen Schritte, die jeder auf

dem Weg zur Gewaltlosigkeit gehen kann. Bei Lobbygesprächen in den ersten 20 Jahren hat er viele Abgeordnete (und uns!) fasziniert.

Noch länger als für die Friedenssteuer, nämlich vier Jahrzehnte, hat sich Günther zudem bei Amnesty International engagiert.

Günther zeigte im Gespräch eine einfühlsame, oft auch eine feinsinnige Seite, die sich ebenso in den treffenden Zitaten und Cartoons in seinen Briefen offenbarte. Auch pflegte er durchaus die schönen Seiten unserer Netzwerkstreffen: immer brachte er Bio-Wein für die Spät-Abend-Stunden mit, um dann mit uns anregend und herausfordernd über 'letzte Fragen' zu diskutieren. Das werden wir sehr vermissen.



in herzlichem Gedenken an drei fröhliche Menschen

Auch wanderte er gerne mit den NetzwerkfreundInnen Sepp Rottmayr, Christel Lott, Ute und Robert Antoch, Christa und Martin Voigt, solange deren Gesundheit dies zuließ.

Im Oktober stellten sich massive Rückenschmerzen ein, sodass Günther im November stationär aufgenommen wurde. Eine bisher symptomlose Krebserkrankung des Knochenmarks konnte operativ behandelt, aber nicht überwunden werden. Kurz vor Silvester wurde Günther in geschwächtem Zustand und dialysepflichtig nach Hause entlassen, wo er sich zum Freitod entschied.

Günthers Freunde vom Netzwerk Friedenssteuer sind tieftraurig über den Tod ihres engagierten Mitstreiters. Ihr Mitgefühl gilt der Familie Lott und Günthers Partnerin Brigitte.

Wolfgang Steuer

Materialliste (Versand: Gertie Brammer, s. Rückseite)
siehe auch www.friedenssteuer.de

Unsere Briefmarke hat jetzt einen Wert von 70 Cent.
Hinzu kommen 15 Cent Druckkosten und 1,45 € Porto.
Ein Bogen à 20 St. kostet also 20 x 0,85 € + 1,45 € = 18,45 €.



Kein Geld für Krieg

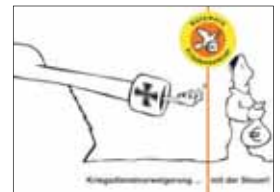
(kurze Info)
Faltblatt

(umfassende Info)
A6-Heft

Leporello
Zivilsteuer!

Leporello
Wir wollen Frieden!

Postkarte
Cartoon



Geldschein



Region/Titel	Vorname	Name	Straße	PLZ	Ort	Tel	email
AG Öffentlichkeit	Friedrich	Heilmann	Sonnenblumenweg 87	18119	Rostock	T 0381-77882981	heilmann@friedenssteuer.de
Redaktion Friedenssteuer Nachrichten & Materialversand	Gertie	Brammer	Schützenweg 5	29481	Karwitz-Lenzen	T 05861-985742	brammer@friedenssteuer.de
AG Steuern zu Pflugscharen	Hannelore	Morgenstern	Jesuitengasse 39a	50735	Köln	T 0221-552525	hannelore.morgenstern@gmx.de
Internationales/CPTI	Dietmar	Czerny	Neuburgstr. 5	83620	Feldkirchen- Westerham	T 08062-7261067 F 08062-7252396	d.czerny@gmx.de
Vernetzung	Michael	Held	Simon-Haune-Str. 15	36251	Bad Hersfeld	T 06621-620186 F 06621-65645	a-p-s@gmx.de
Region Berlin	Gisela	Lattmann-Kieser	Heinz-Bartsch-Str. 5	10407	Berlin	T 030-4251860	gisela-lmk@web.de
Region München	Eise	Tonke	Stavanger Str. 5	10439	Berlin	T 030-4444379 F 030-44339133	elsetonke@gmx.de
Region Nord	Ulla	Klotz	Raidinger Str. 9a	81377	München	T 089-716283	post@ullaklotz.de
Region Nürnberg	Dedo von	Krosigk	Birkenstr. 32	30171	Hannover	T 0511-801696 F 0511-5194881	dedo.krosigk@web.de
Region Ost	Gudrun	Rehmann	Brahmsstrasse 11	32756	Detmold	T 05231-31231	Telefon 12.30 bis 13.00 Uhr
Region Südwest	Dr. Brigitte	Janus	Krelingsstr. 10	90408	Nürnberg	T 0911-353237 F 0911-269851	b.janus@mnet-mail.de
Region West	Lina	Hoffmann	Olivengeweg 36	90441	Nürnberg	T 0911-662993	lina-b-hoffmann@t-online.de
	Dietrich	Göttsching	Pfortenweg 7	99092	Erfurt	T: 0361-2255119	dgoettsching@yahoo.de
	Dr. Marduk	Buscher	Schirmhofweg 1	76530	Baden-Baden	T 07221-38194 F 07221-38191	mardukbuscher@t-online.de
	Dr. Wolfgang	Steuer	Am Kälberrain 20	78647	Trossingen	T 07425-5856	w.steuer@friedenssteuer.de
	Ute und	Antoch	Alte Landstr. 32	40489	Düsseldorf	T 0211-403986	uantoch@gmx.de rantoch@gmx.de
	Dr. Robert						
Vorstand, Geschäftsführung	Katharina	Rottmayr	Neuburgstr. 5	83620	Feldkirchen- Westerham	T 08062-7261067 F 08062-7252396	k.rottmayr@friedenssteuer.de
Vorstand, stellv. Vorsitzende	Hannelore	Morgenstern- Przyvaoda	Jesuitengasse 39a	50735	Köln	T 0221-552525	hannelore.morgenstern@gmx.de
Vorstand, Vorsitzender	Dr. Wolfgang	Steuer	Am Kälberrain 20	78647	Trossingen	T 07425-5856	w.steuer@friedenssteuer.de

Spenden an das Netzwerk Friedenssteuer e.V.: IBAN DE25 4306 0967 7001 6016 00, GLS Gemeinschaftsbank e.G., BIC GENODEM1GLS. Bei allen Spenden unbedingt den vollständigen Namen und die Adresse auf dem Überweisungsträger angeben! Spendenquittungen werden am Anfang (Feb-März) des nächsten Jahres verschickt. Die Friedenssteuer Nachrichten erscheinen i.d.R. 2x im Jahr und gehen an alle, die sie bestellen oder Informationsmaterial angefordert haben.

Anderkonto, verwaltet von Rain Susanne Besendahl:
Netzwerk Friedenssteuer e.V.
IBAN DE44 4306 0967 7902 2287 01 GLS
Gemeinschaftsbank e.G., BIC GENODEM1GLS